PROTOKOLL

über die 9., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,
dem 26. November 1974, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend: 34

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Leopold Petermair

Heinrich Schwarz

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst

Anna Kaltenbrunner

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:

Alfred Baumann

Johann Brunmair

Maria Derflinger

Vinzenz Dresl

Franz Enöckl

Ing. Wolfgang Fahrnberger

Karl Feuerhuber

Karl Fritsch

Ernst Fuchs

Karl Holub

Walter Kienesberger

Johann Knögler

Walter Köhler

Otilie Liebl

Rudolf Luksch

Johann Manétsgruber

Erich Mayrhofer

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Hubert Saiber

Dr. Konrad Schneider

Johann Schodermayr

Herbert Schwarz

Dr. Alois Stellnberger

Otto Treml

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller

Präsidialdirektor Oberamtsrat

Roland Postler

Direktor der Städtischen Unternehmungen

Oberamtsrat Robert Schlederer

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs-414/74 Beantwortung der Anfrage der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat Steyr vom 16. September 1974.
- 2) Gem-5604/73 Änderung der Gemeinde-Getränkesteuerordnung 1973.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

- 3) SV-5651/74 Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage durch die Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr.
- 4) Präs-403/74 Familienfördernde Maßnahmen für Bedienstete; einmalige Familienbeihilfe für das Jahr 1974.
- 5) Präs-661/74 Änderung der Beförderungsrichtlinien 1972.
- 6) Präs-456/73 Einmalige Weihnachtsbeihilfe 1974.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

- 7) Bau5-3122/74
Bau2-4011/74 Wolfgang und Veronika Brunner; Erteilung einer Ausnahmegenehmigung (Grundteilung und Erteilung eines Einfamilienhauses mit Garage auf der Grundparzelle 1498/30, KG. Föhrenscharerl).
- 8) GHJ2-4506/74 Instandsetzung der Fassade des Bruderhauses, Steyr, Sierninger Straße 55.
- 9) GHJ2-4671/74 Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend die Fassaden- und Gebäudeinstandsetzung Zwischenbrücken 1 und 2.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 10) Ha-3520/73 Antrag auf Feststellung des Nachtragsvorschlags 1974.
- 11) Ha-4611/73 Aufnahme eines Darlehens bei der OÖ. Landeshypothekenanstalt, bei der OÖ. Landesbrand-schadenversicherungsanstalt und der Bank für OÖ. und Salzburg.

- 12) Ha-5092/74 Aufnahme eines Kommunalkredites beim Wiener Verein, Lebens- und Bestattungsversicherung auf Gegenseitigkeit.
- 13) Ha-4992/74 Gewährung eines Darlehens an die Personalvertretung beim Magistrat Steyr.
- 14) Ha-4386/74 Gewährung eines Darlehens an den Wirtschaftsverein Arbeiterheim.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

- 15) Ha-5722/74 Österreichisches Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr; Subvention, Personalkosten.
- 16) GHJ1-3134/74 Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend den Ankauf von festen und flüssigen Brennstoffen für das Jahr 1974.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 17) ÖAG-4534/74
Städt. Untern. Genehmigung der Jahresbilanz 1973 der Stadtwerke Steyr.
- 18) ÖAG-6101/74
Städt. Untern. Errichtung einer neuen Omnibuslinie der Stadtwerke für das Steyrdorf.
- 19) Rp-3349/74
Rp-3713/74 Stadtwerke Steyr, Verkehrsbetrieb; Grundleistung gemäß § 18, Abs. 1 FAG 1973.
- 20) Bau3-4350/72 Ausbau der Saaßer Bezirksstraße; Wasserleitungsverlegung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 21) Bau3-6661/71 Änderung des GR-Beschlusses, betreffend die generelle Untersuchung hinsichtlich der Trassenfestlegung einer künftigen Umfahrung "Steyr-Nord".
- 22) Bau3-6661/71 S 37; zusätzliche Untersuchungen im Stadtgebiet von Steyr - Knoten Resthof.
- 23) Bau6-6900/54 Sammler A; Uferbefestigung entlang des Ortskais in Steyr.
- 24) Bau3-2271/72 Umfahrung Hundsgaben; Durchführung von diversen Verlegungsarbeiten.

- 25) Bau3-2271/72 Durchführung von Unterbau- und Belagarbeiten im Bereiche der Vorlandbrücke der Schönauerbrücke.
- 26) Bau6-6041/70 Kanalisierung Gleink, Gruppen IV und V.
- 27) Bau5-1574/73 Erweiterung der Promenadeschule;
- 1) Vergabe der Baumeisterarbeiten
 - 2) Vergabe der Zimmermannsarbeiten
 - 3) Vergabe der Heizungsinstallation.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 28) Bau3-5512/72 Ausbau der Zirerstraße; Grundeinlösungen.
- 29) Bau3-5687/72 Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend die Aufschließung der Industrie Gründe an der Haager Straße.
- 30) Bau5-5201/73 Errichtung eines Durchganges durch das Schnal-
lontor.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie zur heutigen Gemeinderatssitzung. Ich stelle fest, daß die Tagesordnung rechtzeitig zugestellt wurde und auch keine Änderungen vorgenommen wurden.

Ich darf vor Beginn der Sitzung noch die Entschuldigungen bekanntgeben. Bekanntlicherweise ist Kollege Besendorfer erkrankt und ist bereits wieder zuhause. Er hatte eine Magenoperation und befindet sich auf dem Wege der Besserung. Ich glaube, in kollegialer Weise entbieten wir ihm von hier aus die besten Genesungswünsche, damit er wieder bald unter uns sein kann.

Ebenso ist Kollege Zöchling entschuldigt, der aus anderen Gründen abwesend sein muß.

Als Protokollprüfer für diese Sitzung werden vorgeschlagen Herr Gemeinderat Kienesberger und Gemeinderat Dr. Stellnberger. Nehmen Sie bitte diesen Vorschlag an? Ich sehe, das ist der Fall. Die beiden Herren haben angenommen, damit sind sie bestätigt. In der Tagesordnung fortfahrend darf ich Kollegen Schwarz bitten, den Vorsitz während meines Berichtes zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte, zum ersten Punkt "Beantwortung der Anfrage der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat Steyr vom 16. September 1974" das Wort zu ergreifen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

1) Präs-414/74

Beantwortung der Anfrage der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat Steyr vom 16. September 1974.

Die Freiheitliche Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr hat in der Sitzung am 16. 9. 1974 eine Anfrage

an den Herrn Bürgermeister über die Abtragung der Neutorbrücke, den Abbruch des Schiffmeisterhauses und den Neubau eines Hotels an dieser Stelle gerichtet.

Diese Anfrage entspricht den Erfordernissen des Statutes für die Stadt Steyr und der Geschäftsordnung des Gemeinderates und ist in der nächsten Sitzung des Gemeinderates zu beantworten. Da die, auf die Anfrage folgende nächste Sitzung des Gemeinderates, die am 3. 10. 1974 abgehalten wurde, ausschließlich der Neuwahl des Bürgermeisters und der Neuzusammensetzung verschiedener städtischer Organe diente, hat sich die Freiheitliche Fraktion damit einverstanden erklärt, daß diese von ihr am 16. 9. 1974 gestellte Anfrage erst in der heutigen Sitzung des Gemeinderates wie folgt beantwortet wird:

Zu Frage 1):

Das Skelett der Neutorbrücke ist in der Zwischenzeit, ebenso wie der Brückenpfeiler und die Widerlager, entfernt worden.

Zu Frage 2a), b) und c):

Wegen des Abbruches des Schiffmeisterhauses haben in der Zwischenzeit verschiedene Besprechungen mit Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und dem Präsidenten des Denkmalamtes sowie dem Landeskonservator für OÖ. stattgefunden.

In der Aussprache am 8. 11. 1974 wurde letztlich eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Stadt Steyr das Schiffmeisterhaus abbrechen darf und zwar unter der Bedingung, daß die wertvollen Bauelemente gesichert sind und sodann ein Wiederaufbau am linken Brückenkopf, etwa im Bereich der Einbindung der Zieglergassenauffahrt in die neue Vorlandbrücke stattfindet. Auf Grund dieses Sachverhaltes ist der Hotelbau in Steyr praktisch ermöglicht worden. Eine formelle Erledigung wurde für die nächsten Wochen zugesagt.

Zu Frage 3):

Derzeit finden laufend Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Holiday Inn Hotelbetriebsgesellschaft wegen der Gestaltung des künftigen Hotelbaues statt, wobei die Hotelbetriebsgesellschaft zusagte, nach Klärung der noch offenen Fragen bis Frühjahr 1975 ein einreichungsfähiges Projekt vorlegen zu wollen. Der Bau könnte in einer Frist von etwa einem Jahr bewerkstelligt werden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme dieser Beantwortung. Eine Diskussion ist laut Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Wir kommen daher zum nächsten Punkt, den ebenfalls der Herr Bürgermeister vorzutragen hat. Ich ersuche um die Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bringe Ihnen einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses zur Kenntnis, welcher lautet:

2) Gem-5604/73

Änderung der Gemeinde-Getränkesteuerordnung 1973.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 2. 10. 1974, Gem-Erlaß-5604/73, wird der Änderung der Gemeinde-Getränkesteuerordnung 1973 der Stadt Steyr im Sinne der Gemeinde-Getränkesteuergesetznovelle 1974 zugestimmt.

Die §§ 6 Abs. 2 und 8 Abs. 2 haben folgendermaßen zu lauten:

Fälligkeit

§ 6

(2) Der Steuerpflichtige hat für die Getränke für die im Laufe eines Kalendermonates die Steuerschuld entstanden ist, die Steuer bis zum 10. des übernächsten Kalendermonates ohne weitere Aufforderung beim Magistrat zu entrichten.

Nachweis-, Melde- und Auskunftspflicht

§ 8

(2) Der Steuerpflichtige hat die Getränke für die im Laufe eines Kalendermonates die Steuerschuld entstanden ist, bis zum 10. des übernächsten Kalendermonates beim Magistrat nach Art, Menge und Entgelt anzumelden und hierfür die Steuer zu entrichten.

Diese Novelle tritt mit Kundmachung im Amtsblatt der Stadt Steyr in Kraft.

Ich bitte Sie, diesem Antrag beizutreten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die Berichterstattung. Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Es ist dies nicht der Fall. Ich darf Sie um ein Zeichen mit der Hand bitten, wenn Sie diesem Antrag die Zustimmung geben. Danke. Sind gegenteilige Meinungen vorhanden? Es ist dies nicht der Fall. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich darf nun den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurückgeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und erteile Kollegen Schwarz für die weitere Berichterstattung das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 4 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage durch die Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr.

In der Sitzung des Kuratoriums der KFA vom 16. 10. 1974 wurde der ein-

stimmige Beschluß gefaßt, mit Wirkung ab 1. 1. 1975 die Höchstbeitragsgrundlage der KFA von derzeit S 6.000 (12 Monatsbezüge) und S 3.000,- (4 Sonderzahlungen) auf S 7.000,- (Monatsbezüge) und S 3.500,- (Sonderzahlungen) zu erhöhen.

Der diesbezügliche Antrag an den Gemeinderat lautet:

3) SV-5651/74

Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage durch die Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Über Antrag des Kuratoriums der KFA wird die im § 26 der Satzungen der KFA (GR-Beschluß vom 30. 11. 1972, SV-1879/72, i. d. F. d. GR-Beschlusses vom 31. 1. 1974) festgesetzte Höchstbeitragsgrundlage mit Wirkung vom 1. 1. 1975 neu mit S 7.000,- (12 Monatsbezüge) und S 3.500,- (4 Sonderzahlungen) bestimmt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Auffassung oder eine Stimmenthaltung? Ich sehe auch nichts, somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag soll familienfördernde Maßnahmen für Bedienstete - einmalige Familienbeihilfe für das Jahr 1974 behandeln. Nach diesem Antrag sollen diese familienfördernden Maßnahmen beschlossen werden.

Der Antrag lautet:

4) Präs-403/74

Familienfördernde Maßnahmen für Bedienstete; einmalige Familienbeihilfe für das Jahr 1974.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den Bediensteten und den Pensionsparteien der Stadtgemeinde Steyr wird für das Jahr 1974 für jedes Kind (Stichtag 1. 10. 1974), für das ein Steigerungsbetrag gewährt wird bzw., wenn ein solcher nicht in Betracht kommt, für das eine Kinderbeihilfe im Sinne des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 gebührt, eine einmalige Familienbeihilfe folgenden Ausmaßes gewährt:

für 1 Kind	S 280,--
für 2 Kinder	S 640,--
für 3 Kinder	S 1.090,--
für 4 Kinder	S 1.630,--
für 5 Kinder	S 2.280,--
für 6 Kinder	S 3.010,--
für 7 Kinder	S 3.830,--
für 8 Kinder	S 4.740,--
für 9 Kinder	S 5.750,--
für 10 Kinder	S 6.840,--
für 11 Kinder	S 8.020,--
für 12 Kinder	S 9.290,--

Weiter fortgesetzt ist diese Liste nicht. Kann aber fortgesetzt werden.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dazu eine Äußerung erwünscht? Keine gegenteilige Auffassung. Ich stelle auch keine Stimmenthaltung fest. Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages protokollieren lassen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Auf Grund der Verhandlungen mit der Personalvertretung ist eine Änderung des Dienstpostenplanes 1975 notwendig.

Im Zuge der Verhandlungen über den Dienstpostenplan 1975 wurde zwischen der Verwaltung und der Personalvertretung ein Einvernehmen dahingehend erzielt, daß die Dienstposten der Referatsleiter bei der Mag. Abt. III (Hochbau, Tiefbau, Planung, Vermessung, Bauverrechnung) auf Grund ihrer besonderen Bedeutung hervorge-

hoben werden sollen.

Der diesbezügliche Antrag lautet:

5) Präs-661/74

Änderung der Beförderungsrichtlinien 1972.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Ziffer II, Abs. 3 lit. c der Beförderungsrichtlinien 1972, Gemeinderatsbeschuß vom 30. 11. 1972, Präs-273/72 i. d. g. F. wird durch folgenden Zusatz ergänzt:

"sowie bei den Leitern der Referate Hochbau, Tiefbau, Planung, Vermessung und Bauverrechnung der Mag. Abt. III".

Ich bitte Sie, dem die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Geben Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung, dann darf ich um ein Zeichen mit der Hand bitten? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

So wie in den vergangenen Jahren soll eine einmalige Weihnachtsbeihilfe an die Bediensteten zur Auszahlung gelangen. Diese Regelung erfolgt seit eh und je in derselben Art und Weise wie beim Land und dem Magistrat der Stadt Linz. Die Ansätze dieser Zuwendung betragen im Vorjahr S 205,- pro Person. Das Land hat für das Jahr 1974 eine Zuwendung von S 230,- bewilligt. Der Magistrat der Stadt Linz hat mitgeteilt, daß die Weihnachtsbeihilfe im dortigen Amtsbereich mit S 230,- bemessen wird.

Der Antrag lautet:

6) Präs-456/73

Einmalige Weihnachtsbeihilfe 1974.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den aktiven Bediensteten der Stadtgemeinde Steyr mit nachstehenden

Ausnahmen und den Pensionisten (Ruhegehalt-, Versorgungsgehalt- und Erziehungsbeitragsempfänger sowie Gnadepensionisten - das Ehepaar Konheisner aliquot) und deren haushaltszulagebezugsberechtigten Angehörigen, sofern diese Personen nicht selbst als Bedienstete der Stadtgemeinde oder als Pensionisten anspruchsberechtigt sind sowie den Vorschülerinnen und Lehrlingen wird als Weihnachtsbeihilfe 1974 eine einmalige Zuwendung von je S 230,- gewährt.

Teilbeschäftigte erhalten die Zulage in der vollen Höhe.

Maßgeblich für die Gewährung der Zuwendung ist der Personalstand sowie der Stand an Haushaltszulagen am 1. 12. 1974.

Ausgenommen von vorstehender Regelung sind:

- a) die Nebenlehrer an der städt. Handelsschule, Handelsakademie, Frauenberufsschule und Musikschule;
- b) die Hilfsärzte einschließlich des Schularztes;
- c) der Vertrauensarzt des Zentralaltersheimes;
- d) die Kollektivvertragsarbeiter;
- e) die nach einer Sonderregelung entlohnten Hausbesorger.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine gegenteilige Auffassung? Keine Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch keine, damit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke für die Berichterstattung.

Als Nächster Kollege Petermair.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER- STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses behandelt die Er-

teilung einer Ausnahmegenehmigung an Wolfgang und Veronika Brunner.

- 7) Bau5-3122/74
Bau2-4011/74
Wolfgang und Veronika Brunner;
Erteilung einer Ausnahmegenehmigung (Grundteilung und Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage auf der Grundparzelle 1498/30, KG. Föhrenschacherl).

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 21. Oktober 1974 wird gemäß Art. XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946 zugestimmt:

- a) zu dem zu Bau2-4011/74 eingebrachten Grundteilungsantrag zur nachträglichen Schaffung der Bauparzelle 1498/30, KG. Föhrenschacherl, und
b) der Erteilung der nachträglichen Baubewilligung an Wolfgang und Veronika Brunner zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Garage auf der GP. 1498/30, KG. Föhrenschacherl, nach Maßgabe der von Ing. Richard Loidl, vom April 1974, Pl. Nr. 2110/M/74, stammenden Planunterlagen.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Versagt jemand diesem Antrag die Zustimmung? Gibt es eine Enthaltung? Nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Der nächste Antrag kommt vom Stadtssenat und beinhaltet Instandsetzung der Fassade des Bruderhauses, Steyr, Sierninger Straße 55. Der Antrag lautet:

- 8) GHJ2-4506/74
Instandsetzung der Fassade des Bruderhauses, Steyr, Sierninger Straße 55.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 14. 8. 1974 wird zum Zwecke der Instandsetzung der Fassade des Bruderhauses Steyr, Sierninger Straße 55 (Gesamtaufwand S 540.000) der Betrag von

S 350.000,--

(Schilling dreihundertfünfzigtausend)

bei VP 354-91 aoH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 190.000,--

(Schilling einhundertneunzigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt.

Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

- 1) Baumeisterarbeiten:
Firma Stromer Steyr, zum Anbotspreis von S 220.587,--
- 2) Maler- und Anstreicherarbeiten:
Firma Glaser, Steyr, zum Anbotspreis von S 122.405,--
- 3) Spenglerarbeiten:
Firma Wittner, Steyr, zum Anbotspreis von S 49.957,--
- 4) Dachdeckerarbeiten:
Firma Langthaler, Steyr, zum Anbotspreis von S 68.962,--
- 5) Schlosserarbeiten:
Firma Vösl, Steyr, zum Anbotspreis von S 18.297,--
- 6) Tischlerarbeiten:
Firma Wögerer, Steyr, zum Anbotspreis von S 15.660,--
- 7) Kunststeinarbeiten:
Firma Töpel, Steyr, zum Anbotspreis von S 4.338,--
- 8) Restaurierungsarbeiten:
Akadem. Bildhauer Hollnbuchner, Steyr, zum Anbotspreis von S 29.700,--

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag beizutreten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Geben Sie dem Antrag die Zustimmung, dann darf ich Sie bitten, mit der Hand ein Zeichen zu geben? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ebenso ein Antrag des Stadtsenates betrifft Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend die Fassaden- und Gebäudeinstandsetzung Zwischenbrücken 1 und 2. Es ergeht hiezu der Antrag:

9) GHJ2-4671/74

Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend die Fassaden- und Gebäudeinstandsetzung Zwischenbrücken 1 und 2.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 9. 1974 wurden für die Fassaden- und Gebäudeinstandsetzung an den städtischen Objekten Zwischenbrücken 1 und 2 S 340.000,- bereitgestellt.

Bei Durchführung der Sanierungsarbeiten sind unvorhersehbare Baumängel zum Vorschein gekommen, deren Behebung unbedingt erforderlich ist.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 30. 10. 1974 wird für diesen Zweck eine überplanmäßige Ausgabe von

S 195.000,--

(Schilling einhundertfünfundneunzigtausend)

bei VP 921-95 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Durch die entsprechenden Arbeiten erhöhen sich folgende, mit dem eingangs zitierten Beschluß vergebene Arbeiten im genannten Ausmaß:

1. Baumeisterarbeiten (Fa. Prameshuber) um S 15.632,--

2. Spengler- und Dachdeckerarbeiten (Fa. Wittner) um S 54.934,--
Folgende weitere Arbeiten werden übertragen an

1. Malerarbeiten I:
Firma Seywaltner S 1.740,--
2. Malerarbeiten II:
Firma Frank S 11.858,--
3. Tischlerarbeiten:
Städt. Wirtschaftshof S 75.000,--
4. Schlosserarbeiten:
Firma Vösl S 4.800,--
5. Elektroarbeiten I:
OKA S 2.900,--
6. Elektroarbeiten II:
Firma Berger S 23.135,--

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Gibt es zu dem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Darf ich kurz bemerken vor der Abstimmung, daß sich nun das Gebiet in Zwischenbrücken beim sogenannten "Fischergschirr" ausgesprochen gut für das Stadtbild zeigt und auch die Mittel für diesen Zusatzantrag sicher gut verwendet wurden. Ich darf um die Zustimmung bitten.

Gibt es eine gegenteilige Meinung? Keine Gegenstimme. Stimmenthaltung? Auch nicht. Also auch hier ist die Einstimmigkeit festgestellt.

Nächster Kollege Fürst.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der erste von den 5 Anträgen, die ich Ihnen zur Beschlußfassung vorzutragen habe, befaßt sich mit dem Antrag auf Feststellung des Nachtragsvoranschlages 1974. Die prinzipielle Vorgangsweise der Erstellung eines Nachtragsvoranschlages wurde im letzten Rechnungshofbericht über die

Gebarung der Stadt Steyr als rechtlich nicht gedeckt in Frage gestellt. Die oö. Gemeinden sind in derselben Situation durch Bestimmungen des Landes gedeckt, nicht aber die Statutarstädte. Ein Antrag der Stadt auf Legalisierung des Nachtragsvoranschlages durch die OÖ. Landesregierung wurde bereits vor mehr als einem Jahr eingebracht und blieb jedoch bis heute ohne Erledigung.

Soweit ein paar Worte zur prinzipiellen Vorgangsweise der Erstellung eines Nachtragsvoranschlages und den Bemühungen der Stadt, um den Intentionen des Rechnungshofes nach Möglichkeit Folge zu leisten.

Zum Nachtragsvoranschlag im einzelnen: Im Rechnungsjahr 1974 ist durch nicht vorgesehene Einnahmen (insbesondere höhere Eingänge bei Steuern und Abgabenertragsanteilen) einerseits und durch Mehrausgaben (über- und außerplanmäßige Ausgaben auf Grund bereits gefaßter Stadtse-nats- und Gemeinderatsbeschlüsse, höhere Pflichtausgaben sowie Kredit-erhöhungen) im ordentlichen Haushalt andererseits, die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages notwendig geworden. Im außerordentlichen Haushalt ist eine Verringerung der Gesamteinnahmen und -ausgaben vorgesehen.

Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes erfahren gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag eine Erhöhung um rund 23,5 Mill. Schilling. Diese Erhöhung ist im einzelnen im beiliegenden Nachtragsvoranschlag (Nachweis der Änderungen) ausgewiesen. Die ausgewiesenen Mehreinnahmen bei der Gruppe 9 in Höhe von ca. 13 Mill. Schilling (per Saldo) teilen sich im wesentlichen wie folgt auf: Abgabenertragsanteile + 14 Mill. Schilling, Lohnsummensteuer + 4 Mill. Schilling, Getränkesteuer + 3,3 Mill. Bei der Gewerbesteuer mußte eine Kürzung im Betrage von 8 Mill. Schil-

ling vorgenommen werden. Von den übrigen Gruppen 0 bis 8, die eine Erhöhung von insgesamt ca. 10 Mill. Schilling aufweisen, wären die Mehreinnahmen bei der Gruppe 7 (öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung) in Höhe von 4,7 Mill. Schilling (Erhöhung der Müllabfuhr- und Kanalgebühren sowie Leistungen des Städt. Wirtschaftshofes für eigene Dienststellen) zu erwähnen.

Die im Nachtragsvoranschlag aufgliederten Ausgaben erfahren eine Erhöhung in der gleichen Höhe wie die Einnahmen. Abgesehen von den einzelnen Posten laut Einzelnachweis, ist eine Erhöhung des Zuführungsbetrages an den außerordentlichen Haushalt um 2,9 Mill. Schilling möglich geworden. Für den Ankauf von Kassenscheinen der Österr. Nationalbank (Einhaltungen bei den Abgabenertragsanteilen) wurden 3,2 Mill. Schilling nachträglich veranschlagt. Die Aufwertungen für den Schuldendienst (Darlehenszinsen) erhöhen sich um 1,6 Mill. Schilling. Die Gruppe 8 erfuhr eine Erhöhung von 2,7 Mill. Schilling, da für 1974 erstmalig eine Akontierung des Verlustersatzes für das laufende Jahr und überdies eine echte Kapitaleinlage in Höhe von 1,5 Mill. Schilling vom Gemeinderat beschlossen wurde. Wesentliche Mehrausgaben (vorwiegend Pflichtausgaben) weisen die Sammelnachweise mit 7,1 Mill. Schilling auf.

Im außerordentlichen Haushalt bringt der Nachtragsvoranschlag per Saldo eine Verringerung bei den Ausgaben und Einnahmen um jeweils 1,111.000,-. Infolge Verzögerung von Bauarbeiten, insbesondere jedoch durch die Nichtinangriffnahme von im Voranschlag beschlossenen Vorhaben, ist diese geringfügige Verkleinerung des außerordentlichen Haushaltes erforderlich geworden. Bei den in Bau befindlichen Vorhaben ist die größte Ausgabenerhöhung bei der Umfahrung Hundsgraben mit 6,5 Mill. Schilling

vorgenommen worden. Aber auch für die Kanalisation sind im Nachtragsvoranschlag um ca. 4,7 Mill. Schilling mehr vorgesehen. Für Liegenschaftsankäufe wurde der Kreditansatz um ca. 1,1 Mill. Schilling erhöht.

Infolge des etwas geringeren Geldbedarfes (Verringerung der Gesamtausgaben im aoH) aber auch durch die erhöhte Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt, Eingänge von Bedarfszuweisungen sowie durch Liegenschaftsverkäufe (und 9,6 Mill. Schilling), konnte die Darlehensaufnahme um ca. 17,7 Mill. auf nunmehr 45,5 Mill. Schilling reduziert werden.

10) Ha-3520/73 (BEILAGE A)
Antrag auf Feststellung des Nachtragsvoranschlages 1974.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 13. 12. 1973, Ha-3250/73, womit der Voranschlag 1974 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1974, wie folgt abgeändert:

1) Der ordentliche Haushalt
a) die Gesamteinnahmen von
S 194,922.300 auf S 218,375.300
die Gesamtausgaben von
S 194,922.300 auf S 218,375.300
daher ausgeglichen S -,-
=====

b) die Reineinnahmen von
S 181,565.300 auf S 203,757.300
die Reinausgaben von
S 181,565.300 auf S 203,757.300
daher ausgeglichen S -,-
=====

2) Der außerordentliche Haushalt
die Gesamteinnahmen von
S 71,700.000 auf S 70,589.000
und die Gesamtausgaben von
S 71,700.000 auf S 70,589.000
daher ausgeglichen S -,-
=====

Die vom Stadtsenat bisher beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden durch diesen Beschluß gemäß § 51, Abs. 2, des Gemeindestatutes der Stadt Steyr, vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 13. 12. 1973, betreffend den Voranschlag für das Jahr 1974, bleiben unverändert.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Bericht. Als Erster hat sich bereits Herr Kollege Fuchs gemeldet.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, Herr Stadtsenatsreferent, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Erlauben Sie mir, daß ich namens der Freiheitlichen Fraktion, bevor wir diesen Nachtragsvoranschlag zur Kenntnis nehmen, diesen etwas näher betrachte. Dieser Nachtragsvoranschlag ist nach unserem Erachten erst der Nachweis über richtiges und wahres Budgetieren oder er ist Nachweis über zuviel Vorsicht oder über Ungenauigkeiten bei der Erstellung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsvoranschlages 1974, der bekanntlich am 13. 12. 1973 hier von diesem Gemeinderat beschlossen wurde und der damit als Auftrag für den gesamten Gemeinderat zu werten war und ist oder dieser am 13. 12. 1973 beschlossene Voranschlag ist ein Auftrag, den sich der gesamte Gemeinderat schließlich selbst gegeben hat und der zur Gänze erfüllt werden sollte. Wie haben wir nun als Gemeinderat diesen Auftrag erfüllt? Welche Maßnahmen wurden getroffen, welche Ausgaben- und Einnahmegruppen kamen der Budgetwahrheit am Nächsten?

Lassen Sie mich diese Dinge einer näheren Betrachtung unterziehen, denn es sollen mehr als nur einige Abschlußposten oder größere Posten

erwähnt werden, wie dies vorhin geschah. Ich glaube, das sind wir diesem Vorschlag und uns allen selbst schuldig.

Herr Stadtrat Fürst erwähnte bereits - ich komme zum oH - daß durch nicht vorgesehene Einnahmen, insbesondere durch höhere Eingänge bei Steuern und Abgabenertragsanteilen des Bundes, - das ist erfreulich - durch nicht bei der Budgeterstellung am 13. 12. vorgesehene Mehrausgaben sich die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben wesentlich erhöht haben. Zumindest ergibt das einen neuen Ansatz, der, wie Sie alle wissen und vor sich liegen haben, um 12 % über dem im Vorjahr verabschiedeten Voranschlag 1974 zu liegen kommt. Im Rechnungshofbericht vergangenes Jahr hieß es, daß Abweichungen innerhalb einer 10 %-Grenze nach oben oder unten keinen Anlaß bieten oder keine Annahme sind für unrichtiges Budgetieren. Wir haben geringfügig diesen Toleranzrahmen überschritten, nämlich auf Grund des neuen Ansatzes um 12 %. Das soll vielleicht doch Anlaß sein, diese geringfügige Überschreitung, daß wir die einzelnen Positionen einer näheren Betrachtung unterziehen, weil eben diese 10 % Toleranzgrenze näher betrachtet werden sollte, gruppenweise näher betrachtet werden sollte. Es ist jedenfalls hier nachweislich feststellbar, daß von den insgesamt 20 Positionen der 10 Einnahmen- und Ausgabengruppen mit dem Voranschlag 1974, der im Dezember 1973 erstellt wurde, nur 4 halbwegs den sogenannten Realitäten bzw. der Toleranzgrenze oder wenn Sie wollen der 10 % Verschätzung oder, wenn Sie weiter wollen, dem 10 %igen Bundesinflationsschnitt entsprechen. Das sind die Gruppen 4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe, sowohl in der Einnahmen- als auch in der Ausgabenseite, in der Einnahmenseite eine Überschreitung von nur 9,1 % gegenüber dem Voranschlag und der neue Ansatz bei der Ausgabenseite lautet

hier 4,2 %. Ich muß sagen, hier wurde eindeutig richtig budgetiert. Genau so bei der Gruppe 9 Finanz- und Vermögensverwaltung. Hier ist zwar ein wesentlich erhöhter Betrag erkennbar, nämlich fast S 13 Mill., jedoch in Prozenten macht das auch nur 8,8 % aus bei der Einnahmenseite. Hingegen ist die Ausgabenseite überschritten worden um 19,1 %. Ich habe noch das Schulwesen nachzutragen, das wurde auch bezüglich der Ausgabenseite unwesentlich überschritten gegenüber dem Voranschlag, nämlich nur um 2,8 %. Die übrigen Gruppen weisen jedoch Erhöhungen auf bis zu 84,6 % über dem Voranschlag im Vorjahr bzw. gegenüber dem Voranschlag, den wir am 13. 12. 1973 einstimmig beschlossen haben.

Die Allgemeine Verwaltung, die Gruppe 0, die Einnahmenseite hier gab es eine Erhöhung von 18,4 %, die Ausgabenseite 18,7 % Erhöhung gegenüber dem Voranschlag. Bei der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung, sehen wir, daß wir den Voranschlag überschritten haben um 28,1 %, bei der Ausgabenseite um 11,2 %.

Schulwesen, 26 %ige Überschreitung gegenüber dem Voranschlag, die Ausgabenseite habe ich bereits erwähnt, die ist nur geringfügig innerhalb der sogenannten Toleranzgrenze.

Beim Kulturwesen ergibt sich - das ist an sich erfreulich, wenn die Einnahmen erhöht sind - eine Erhöhung von 81,2 % gegenüber dem beschlossenen Voranschlag und bei der Ausgabenseite eine Erhöhung von 14,9 %.

Gesundheitswesen, eine Erhöhung um 30,6 % auf der Einnahmenseite, auf der Ausgabenseite 19,5 %. Beim Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, hier wurde die Einnahmenseite um 53,2 % - S 1,090.000,- - überschritten. Bei der Ausgabenseite um 27,3 %.

Die Öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung erfuhren eine Überschreitung von 24,8 % auf der Ein-

nahmenseite und eine von 14,9 % bei der Ausgabenseite.

Die Wirtschaftlichen Unternehmen bei der Einnahmenseite von 18,4 % und bei der Ausgabenseite von 84,6 %.

Die Finanz- und Vermögensverwaltung habe ich bereits erwähnt.

Das alles unter Ausschließung des Sammelnachweises über den Personalaufwand, über den ja richtigerweise bereits gesagt wurde, daß er kaum gegenüber dem Voranschlag überschritten wurde. Der neue Ansatz ist zwar um 4,6 Mill. höher, aber das macht insgesamt nur 5,2 % aus.

Ich glaube, Sie nicht langweilen zu wollen, wenn ich auch einige Untergruppennennungen bekanntgebe, immerhin handelt es sich hier um eine Millionenangelegenheit und es soll auch Richtlinie sein, künftighin, wenn wir am 12. 12. den neuen Voranschlag 1975 erstellen, daß wir versuchen, ziemlich genau oder noch genauer vielleicht jene Ziffern zu erreichen, die nun einmal beschlossen werden, die Grundlage sein sollen für den Auftrag, der dem Gemeinderat für ein Jahr erteilt ist. Daher darf ich vielleicht einige Ziffern, einige Einzelgruppen, einige Untergruppen, bekanntgeben.

Da ist zum Beispiel bei der Allgemeinen Verwaltung, auf der Einnahmenseite, Seite 4, wenn Sie das verfolgen, hier hat man eine Einnahmenerwartung bei den Gehalts- und Löhnersätzen viel zu niedrig angesetzt, nämlich um 63 % wurde laut Nachtrag diese Sache überschritten. Genauso gibt es natürlich auch beim Schulwesen Unterschätzungen, z. B. die Einnahmen der Gastschulbeiträge wurden um genau 28,8 %, das sind immerhin fast S 275.000,- unterschätzt.

Genauso beim Kulturwesen, hier hat man scheinbar das kulturelle Bedürfnis der Steyrer um genau 100 % unterschätzt, weil man hier aus Erträgen von Veranstaltungen um genau S 150.000,- mehr laut neuem Ansatz

hereingebracht hat als beim ersten Voranschlag 1974.

Eine Menge Posten gibt es noch, wo man bis zu 850 % Verschätzungen vorgenommen hat, wie z. B. die Zuschüsse und Beiträge von Gebietskörperschaften. Hier sehe ich z. B. eine Ziffer von 20.000,- und jetzt lautet der neue Ansatz S 190.000,-. Das scheinen Kleinigkeiten zu sein, aber das soll an sich in der Höhe und in diesen Prozentsätzen nicht geschehen.

Bei den Ersatzleistungen, z. B. Fürsorgewesen, auf der Einnahmenseite hier hat man auch viel zu niedrig den Voranschlag präliminiert, S 500.000,- und jetzt S 800.000,-. Das sind genau 60 % über den Erwartungen. Es gibt dann noch eine Reihe von Positionen, hier wiederum eine sehr gravierende auf Seite 8, Zuschüsse und Beiträge von Gebietskörperschaften wurde überhaupt nicht eingesetzt. Erfreulicherweise sind S 430.000,- darnach hereingekommen.

Eine wesentliche Fehleinschätzung des Voranschlages, wie Sie sehen, auf Seite 9 sind in der Gruppe 6 die Geldstrafen. Ich muß schon sagen, hier könnte man fast sagen, das letzte Mal hat man schon eine wesentliche Erhöhung veranschlagt, S 1,1 Mill., aber die Erwartungen wurden gleich um 118 % übertroffen, nämlich um 1,3 Mill. sind mehr hereingekommen, das sind 2,4 Mill. Ob wir auf diese Weise immer ein gutes Gefühl bei den Steyrer Bürgern erregen, ob wir hier vielleicht nicht doch zu gute Ordnungshüter haben, das möchte ich als Frage hier offen lassen. Vielleicht eine kleine humoristische Einlage, es ist auch von mir ein kleiner Geldbetrag drinnen. Aber ich möchte ihn deswegen nicht zurückfordern, ich sage es nur deshalb, wir haben vielleicht zu gute Ordnungshüter auf diesem Gebiet.

Aber wir sehen, im neuen Voranschlag ist man bereits in einen sogenannten goldenen Mittelweg eingependelt. Ich glaube S 1,6 Mill. hat man

diesmal angesetzt oder S 1,8 Mill. Uns scheint das, wie bereits im Vorjahr erwähnt wurde, ein bißchen problematisch.

Zur Gruppe 7 darf man sagen bei den Einnahmen, hier, ich weiß nicht wie das zustande kommt, daß man bei den Kanalanschlußgebühren gleich um S 1,2 Mill. - das sind 400 % - zu Mehreinnahmen kommt, nachdem das am 13. 12. 1973 gar nicht abzusehen war und genauso bei den Kanalbenützungsgebühren hat man auch Mehreinnahmen zu verzeichnen.

Ich möchte nochmals festhalten, damit keine falschen Eindrücke entstehen, ich und wir alle sind froh, daß Mehreinnahmen zu verzeichnen sind, nur dreht es sich um die Budgetwahrheit und um die geht es. Hier sollte man doch vielleicht mehr an die echten Ziffern, die so ein Nachweis, ein Nachtragsvoranschlag beinhaltet, herankommen.

Die Müllabfuhrgebühren, gut wir wissen alle, daß auf Grund der Tarifpolitik, die ja mitten im Budgetjahr eingesetzt hat, eine Mehreinnahme zu verzeichnen war, hier ist sie auch ausgewiesen von S 2,250.000,- auf nun S 3,1 Mill., also 39,1 % Mehreinnahme war hier registrierbar.

Die Wirtschaftlichen Unternehmungen, die überspringe ich absichtlich, weil hier keine große Kritik notwendig ist. Kritik soll das Ganze eigentlich nicht so sehr sein, als daß man eher kritisch diese Dinge betrachtet.

Bei der Finanz- und Vermögensverwaltung allerdings gibt es doch Dinge, die auch manchen näheren Betrachter stören könnten, bei der Einnahmenseite zum Beispiel die Zinsen für Darlehensforderungen sind viel zu hoch veranschlagt gewesen, gleich um 20 %, wie hier der neue Ansatz Auskunft gibt. Genauso bei den Zinsen für Sparkassen- und Bankguthaben gleich um 140 %, trathier eine Verschätzung ein.

Bei den Darlehenstilgungen hatte man ebenfalls zu hohe Einnahmenerwartungen, nämlich gleich um S 415.000,-, das sind 20,7 %. Ein besonderes Kapitel sind die urbanen Steuern. Die Gewerbesteuer wurde bereits angeführt, sie erlitt bedauerlicherweise einen Rückgang gleich von 27,5 % gegenüber dem Voranschlag 1974. Das ist immerhin eine negative Minussumme von S 8 Mill. Dagegen wurde die Lohnsummensteuer zu niedrig veranschlagt um 14,8 %. Die Getränkesteuer, hier scheint ja die berühmte Sondersteuer auch einen kräftigen Beitrag geleistet zu haben, ist um 70,2 % nun höher da als vorgesehen.

Bei den Abgabenertragsanteilen, ich muß sagen, hier kenne ich mich nicht sehr gut aus. Hier wird ein Betrag veranschlagt von S 69 Mill. 1974, dabei gibt es beim Amt der OÖ. Landesregierung genauere Auskünfte darüber, daß der Herr Bundesfinanzminister mindestens immer 2 Monate vor dem jeweiligen Budgetjahr die Ziffern der Bundesertragsanteile an sämtliche oberösterreichischen Gemeinden bis zum Schilling bekanntgibt. Die Bekanntgabe lautete ja seinerzeit S 87,818.000. Ich verstehe nicht, warum das nicht im Voranschlag 1974 bereits Berücksichtigung fand. Jetzt kamen zwar S 14 Mill. dazu. Hier scheint mir eine Übervorsicht gegeben zu sein. Vielleicht hat man diese S 14 Mill., genau wären es S 18,818.000,-, sicherlich wahrscheinlich absichtlich, aus sicher guten Gründen, die Sie sicher erklären können, zurückbehalten.

Bei der Ausgabenseite des oH., hier gab es einige nicht vorgesehene Ausgaben, einige nicht im oH Voranschlag 1974 vorgesehenen Ausgaben, z. B. wurden viel zu niedrig veranschlagt die Gehalts-, Lohn- und Pensionsvorschüsse gleich um 67,5 %. Ebenfalls zu niedrig veranschlagt die Löhne der nicht ständig Bediensteten um 166 %. Nicht vorgesehen war hier

und jetzt im Nachtrag ersichtlich ein Darlehen an die Personalvertretung und so weiter.

Viel zu niedrig präliminiert wurden auch die Vergütungen an die Tierärzte, um S 110.000,- zu niedrig. Ebenfalls zu niedrig die Löhne der nicht ständig Bediensteten in der Gruppe 2 Schulwesen um 66,6 %.

Zu hoch veranschlagt dagegen der laufende Schulerhaltungsbeitrag, weil hier die Ausgaben 11,7 % weniger waren.

Zu hoch veranschlagt ebenfalls der Bau- und Einrichtungsaufwand, S 1 Mill. war vorgesehen, S 600.000,- lautet der neue Ansatz. S 400.000,- wurden von der damals veranschlagten Summe nicht verwendet.

Verschätzt wurden auch die Ausgaben für die Planschbeckenerneuerung, wie es hier heißt, und zwar gleich um 127 %. S 130.000,- waren vorgesehen, der neue Ansatz beläuft sich auf S 295.000,-. Das sind lauter Summen, die an sich klein erscheinen, aber die nun eben dann das bringen, was man 12 % Überschreitung des Voranschlages nennt.

Beim Kulturwesen, hier wurden nicht realisiert die Erneuerung der Not- und Panikbeleuchtung, unterschätzt hat man auch die Regie für die Veranstaltungen des Kulturamtes, gleich um S 500.000,-, das sind 125 %. Überschätzt dagegen die Buchpflege - allerdings ein geringer Betrag - oder die Beiträge und sonstigen Aufwendungen hat man wieder unterschätzt. Hier haben wir Mehrausgaben von 124 %, das ist immerhin eine Summe von S 310.000 bei einer einzigen Position.

Bei der Allgemeinen Fürsorge für sonstige Hilfsbedürftige hat man unterschätzt die Summe der Ausgaben. Sie ist um 19,5 % höher und beläuft sich auf S 2.150.000,-. Weiters gibt es eine Überschätzung der Ausgaben für das städtische Altersheim, die Heimgebühren sind um S 450.000,- oder

34,6 % niedriger erfolgt. Bei der Holz- und Kohlenaktion unterschätzte man auch Ausgaben um 48,6 %, das sind immerhin S 170.000,-.

Gesprengt hingegen wurde der Voranschlag beim Ankauf von Einrichtungsgegenständen, und zwar gleich um 58 %. Wir haben einen neuen Ansatz von S 790.000,- zu verzeichnen.

Die Erstattungen an den Landesfürsorgeverband wurden auch ein wenig verkannt, nämlich um 38,5 %.

Nicht vorgesehen war - das ist ein Positivum - bei der Gruppe 5 Gesundheitswesen der Betrag an das Rote Kreuz mit S 160.000,-, im Voranschlag nicht vorgesehen.

Die Zuwendungen jedoch an Sport- und Touristenvereine, die mit S 480.000,- veranschlagt wurden, wurden gleich um 87,5 % überzogen. Das ist eine Summe von S 420.000,-.

Bei der Gruppe 6, Ausgabenseite, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, hier hat man für die Stadtplanung am 13. 12. 1973 viel zu niedrig angesetzt, gleich um 180 %, genauso die Mietenzuschüsse um 40 %. Zu hoch dagegen die Beiträge für die Erhaltung des Privat-Althausbesitzes. Hier wurden nicht einmal die S 100.000,- verwendet, die damals vorgesehen waren.

Auch für die Straßenerhaltung und für die Asphaltierung gab es geringfügige Veränderungen bzw. Erhöhungen der Ausgabenseite.

In der Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen, sehen wir, daß wir für die Instandhaltungskosten - Abänderung und sonstige Ausgaben - uns um etwas verkannt haben, und zwar gleich um 100 %, das sind S 200.000,- Mehrausgaben.

Die Straßenreinigung ist geringfügig überzogen worden um 16,7 %, wenn man in dieser Summe und in dieser Relation das Wort geringfügig überhaupt sagen kann.

Für die Instandsetzung der Fahrzeuge und Geräte allerdings gibt es ei-

ne Mehrausgabe laut neuem Ansatz um 153 %. Für die Herstellung und den Ausbau von Kinderspielplätzen dagegen wurden um S 100.000,- weniger, laut neuem Ansatz, ausgegeben als vorgesehen. Unterschätzt dagegen hat man die Lieferungen und Leistungen zu Weiterverrechnungen, gleich um S 700.000, das sind 78 %.

Bei den Wirtschaftlichen Unternehmungen, hier spielt sicherlich eine Rolle der Ankauf des Autobusses, das sind S 1,5 Mill., die waren am 13. 12. 1973 hier nicht präliminiert. Das bewirkte, daß bei den Wirtschaftlichen Unternehmen die Überschreitung 84,6 % ausmachte, insgesamt. Genauso ab der Untergruppe 37 - 52 sind überhaupt keine Posten vorgesehen, hier sind nicht veranschlagte S 369.000,- Gebäudeerhaltung bis zu sonstigen Ausgaben aufgezeichnet. Der Ankauf von Kassenscheinen wurde bereits erwähnt vom Herrn Stadt-Finanzreferenten und der Ankauf einer Buchungsmaschine, der vorgesehen war, um den Preis von S 900.000,-, ist scheinbar nicht erfolgt, weil hier kein neuer Ansatz ist, der Ansatz lautet null.

S 1,350.000,- gibt es hier nicht getätigte Leistungen, sie wurden nicht realisiert bei der Position 91-94.

Warum, da werden wir sicher noch Auskunft erhalten. Nicht vorgesehen waren noch einige weitere Positionen.

Zum Sammelnachweis über den Personalaufwand ist, das habe ich schon erwähnt, deshalb wenig zu sagen, weil die Endsummen des neuen Ansatzes innerhalb der Toleranzgrenze - ich erwähne noch einmal - 5,2 % zu liegen kam, laut neuem Ansatz. Immerhin aber machen diese Mehrkosten 4,6 Mill. aus.

Der Sammelnachweis über die allgemeinen Amtserfordernisse gibt kaum irgendeine Auskunft, die man hier kritikerfüllt betrachten kann.

Dagegen der für die Gebäudeerhaltungs- und -benützungskosten schon. Hier wurden 31,5 % Überschreitung der

Ausgaben begangen, wovon allein eine Verschätzung der Beheizungskosten um 59,1 % entstand, das macht eine Summe von S 1,885.000,- aus.

Der außerordentliche Haushalt, hier ist zu ersehen und zu erkennen, daß einiges, daß vieles eigentlich nicht realisiert wurde, was am 13. 12. 1973 beschlossen oder vorgesehen war. Von den insgesamt hier 65 aufscheinenden Projekten und Vorhaben wurden 19 überhaupt nicht kostenmäßig angetastet, laut diesem Nachtragsvoranschlag und zwei große Vorhaben, die überall angekündigt waren, wie der Gemeinderat wahrscheinlich auch die diesbezügliche Auskunft gab, von der Presse ebenfalls bekanntgegeben, wie Blümelhubersteg, der Fußgängerübergang oder der Autobusbahnhof, sind so gut wie gar nicht berührt worden, lediglich ein geringer Betrag von S 85.000,- für eine Grundablöse. Ich weiß gar nicht, was mit der geschehen soll. Es hat geheißen, es soll hier ein anderes Projekt entstehen. Ich bitte Sie auch darüber Aufklärung zu geben. Ich würde auch ersuchen zu antworten darauf, was wir mit dem ehemaligen Ellmann-Grund machen, weil das ist nur eine ganz kleine Angelegenheit, da kann man höchstens ein paar Bienenhütten aufstellen, aber sonst nichts mehr. Ob man tatsächlich den Gerüchten Folge leisten soll, daß hier eine andere Variante des Fußgängersteges kommt oder vielleicht - Sie müssen nicht heute, sondern bei der Budgeterstellung 1975 diese Auskunft erteilen, um die bitten wir.

Jedenfalls sind hier groß angekündigte Vorhaben nicht realisiert worden. Dafür sind aber im aoH 6 Vorhaben und Beträge, vor allem für den Straßenbau, das ist erfreulich, S 855.000,- Zirerstraße, das ist ausgesprochen erfreulich, daß die Sache geschehen ist, aber nicht vorgesehen z. B. war ein Betrag von S 350.000,- im aoH für ein Darlehen an den, man

kann schon fast sagen berühmten Verein Arbeiterheim. Die sind unvorhergesehen ausgegeben worden. Es wird sicherlich noch manches hier zu sagen sein.

Betrachten Sie das bitte nicht allein als Kritik, sondern es ist Sorge dabei. Wir wollen näher an gewisse Ziffern, die man sich nun einmal für das gesamte Haushaltsjahr erstellt, herankommen. Ich erlaube mir abschließend zu sagen, daß wir deshalb nähere Betrachtungen über das Budget 1974 mittels dieses Nachtragsvoranschlages anstellen und durchführen müssen, um nicht nur Abschlußbilanzen festzustellen oder zur Kenntnis zu nehmen, sondern um künftighin auch zu einem genaueren Budgetieren und Realisieren jener Aufträge, die nun einmal einer Beschlußfassung unterliegen, zu kommen und daß wir diese erreichen. Damit erreichen wir ein Verbessern der Budgetwahrheit, die wir unbedingt alle zusammen anzustreben haben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es haben sich weiter gemeldet die Kollegen Dr. Stellnberger und Kollege Tremml.

Darf ich ganz kurz zu den Ausführungen des Kollegen Fuchs im Bereich Kulturwesen etwas sagen, denn da bin ich ja zuständiger Referent.

Warum dieser an sich hohe Nachtrag erforderlich war, hängt mit dem Brucknerjahr zusammen, das wohl schon vorher bekannt war, aber natürlich durch die Aufführung des "Te-Deums" im Volksskino im Februar und die "e-moll-Messe", die erst im Herbst stattgefunden hat, weiters die Regensburger-Tage, um nur 3 markante Veranstaltungen, die der Stadt Steyr Ansehen gebracht haben, zu nennen. Das waren die Hauptverursacher dieser Überschreitung. Das am Rande, ohne dem Referenten vorzugreifen.

Es gäbe noch eine ganze Reihe

anderer Dinge, aber das wird der Referent machen, soweit er es für richtig und notwendig hält.

Darf ich nun Kollegen Dr. Stellnberger das Wort geben.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte zum Nachtragsvoranschlag, der zwar schon ausführlich erläutert wurde, mich auf das Kapitel Einnahmequellen beschränken und einige Zahlen, gerade unter Berücksichtigung auf ihre Entwicklung, in das richtige Licht setzen.

Wir haben schon gehört, daß der Budgetrahmen heuer um etwa 12 % überschritten wurde, das bedeutet, daß die Budgeterstellung 1974 wesentlich realistischer erfolgt ist als in den Vorjahren. Dort war die Überschreitung prozentmäßig noch wesentlich höher.

Zum Zweiten scheint es erfreulich zu sein, daß die erhöhten Einnahmen S 23 Mill. ausmachen. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß die Entwicklung nicht so positiv ist, wie das auf den ersten Blick zutage tritt. Bei den 3 wesentlichen Haupteinnahmequellen der Gemeinde, nämlich den Abgaben, den fremden Steuern - den Bundesertragsanteilen und den eigenen Steuern ist die Entwicklung so, daß zwar bei den Abgaben etwa S 10 Mill. mehr eingenommen wurden, die sind ja zweckgebunden und es werden sich die einzelnen Abgaben sofort wieder einpendeln. Sei es, daß einmal die Kanalgebühren etwas darüber liegen, so werden sie bald wieder darunter liegen, sodaß sie ziemlich neutral sind. Bei den Steuern ist es so, daß zwar die Abgabenertragsanteile, so wie jedes Jahr, auch heuer - wie wir schon gehört haben - sehr kräftig gestiegen sind, eigentlich etwas mehr wie in den vergangenen Jahren. Es waren immer

10 - 15 % Steigerung gegenüber dem Vorjahr, heuer sind es sogar 25 %. Ich nehme an, das ist darauf zurückzuführen, einerseits daß die Einkommens- und die Umsatzsteuer, die ja den Topf bilden, aus dem die Ertragsanteile kommen, auch durch die Inflationsrate etwas kräftiger angestiegen sind. Andererseits dürfte die Umsatzsteuer etwas kräftigere Einnahmen gebracht haben als man das erwartet hat. Leider sind die Abgabenertragsanteile von der Gemeinde nicht beeinflussbar, denn die Gemeinde kann sie nur insoweit steuern, als sie die Einwohnerzahl erhöhen kann. Dann würden auch die Abgabenertragsanteile ansteigen, denn die zweite Steuerung ist ja nicht zu empfehlen, die Abgabenertragsanteile werden auch dann höher, wenn das eigene Steueraufkommen niedriger wird. So glaube ich, soll man nicht steuern. Zu den eigenen Steuern, die der Gemeinde zufließen, ist die Entwicklung bei allen Steuern beinahe gleichbleibend, wie in den Vorjahren. Ich habe mir die Rechnungsabschlüsse angesehen aus dem Jahre 1967. Die sogenannten kleinen Steuern, sei es die Lustbarkeitsabgabe, die Hundesteuer und dergleichen, die faktisch nichts bringen, die steigen ganz konstant um einige Prozente an. Die mittleren Steuern, das sind die Getränkesteuer und die Grundsteuer, die bleiben in der Regel gleich, lediglich die Getränkesteuer ist heuer wesentlich stärker gestiegen, naturgemäß durch die Einführung der Biersteuer.

Die zwei Hauptsteuern, auf die sich die Gemeinde verlassen muß, sind die Gewerbesteuer und die Lohnsummensteuer. Die Lohnsummensteuer zeigt wiederum ein ganz ebenmäßiges Bild auf, sie steigt pro Jahr um 12 - 15 %, woraus man schließen muß, daß eigentlich die Arbeitsplätze nicht vermehrt werden in der Stadt, denn das dürfte das Anheben des Lohnniveaus sein, das jedes Jahr stattfindet. Die

Gewerbesteuer, die auch immer ungefähr in der gleichen Höhe zugeht wie die Lohnsummensteuer ist sehr schwankend. Man muß feststellen, daß sie z. B. im Jahre 1967 um S 3 Mill. höher war als heuer. Sie hat ihren Höhepunkt erreicht im Jahre 1972, ist auch voriges Jahr schon abgesunken und heuer noch mehr. Nun ist ja bekannt, daß die Gewerbesteuer resultiert aus dem Gewinn und aus der Kapitalausstattung der einzelnen Betriebe und Unternehmungen. Es wäre vielleicht interessant zu hören, worauf speziell das Rückgehen zurückzuführen ist, denn wir wissen ja auch, daß man bilanzmäßig einiges gestalten kann, daß eben der Gewinn niedriger wird. In summa sind also die gemeindeeigenen Steuern genau gleich geblieben gegenüber dem Vorjahr, Das ist eben das weniger Erfreuliche, daß die eigenen Steuern nicht ansteigen. Wie gesagt lediglich durch das übermäßige Anwachsen der Abgabenertragsanteile sind die Gesamteinnahmen wieder ungefähr im Rahmen der Vorjahre gestiegen. Nachdem zwar der Personalaufwand nicht den größten Posten der Ausgaben im Nachtragsvoranschlag darstellt, aber immerhin S 5 Mill. etwa, ist es interessant, eine Relation herzustellen zwischen den eigenen Steuern und dem Personalaufwand. Und zwar war der Personalaufwand in den vergangenen Jahren wie gesagt von 1967 angefangen fast immer gleich mit den eigenen Steuern. Die eigenen Steuern sind noch ganz leicht darüber gelegen, bis zum Jahre 1972. Im Jahre 1973 ist dann der Personalaufwand schon um etwa 15, 20 % über den eigenen Steuern gelegen und im Jahre 1974 wird er sogar um etwa 40 % darüber liegen. Das ist, glaube ich, die weniger erfreuliche Entwicklung, daß hier eine gewisse Scherenbildung sich abzeichnet zwischen Personalaufwand und dem eigenen Steueraufkommen. Ich muß allerdings der Wahrheit wegen hinzufügen, daß bei Betrachtung der Ge-

samteinnahmen die Schere nicht soweit auseinandergeht, wie nur bei den eigenen Gemeindesteuern, obwohl auch hier das Auseinanderklaffen etwas stärker ist als in den Vorjahren. Ich glaube, daß man gerade dieser Entwicklung entsprechendes Augenmerk in Zukunft widmen muß. Ich will nicht mehr sprechen, daß nicht gleich die Budgetdebatte vorweggenommen wird. Danke schön.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als Nächster hat sich Gemeinderat Treml gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Erlauben Sie auch mir einige grundsätzliche Bemerkungen und einige kritische Feststellungen zum vorliegenden Nachtragsvoranschlag zu äußern. In einer Zeit der Hochkonjunktur und in der Zeit einer Gewinnexplosion, die den Großunternehmern immer größere Profite schafft, in einer Zeit, in der die Steyr-Werke auf Grund ihrer Kooperationsverträge mit den krisenfesten kommunistischen Ländern und Staaten bis auf den Rand ausgelastet ist, ist unsere Stadtgemeinde in einer sehr miesen finanziellen Lage und kann sich faktisch nur durch Schuldenmachen über Wasser halten. Die Steyr-Werke erreichten in diesem Jahr einen Umsatz von S 7 Milliarden und dürften damit das Vorjahresergebnis um 14 % übertreffen. Also das Geschäft blüht und das ist gut so, sind doch die Steyr-Werke eine der Hauptstützen unserer Stadtfinanzen. Aber wenn man sich im vorliegenden Nachtragsvoranschlag die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ansieht, werden anstelle der präliminierten S 29 Mill., wie es hier schon erwähnt wurde, um S 8 Mill. weniger, also nur S 21 Mill. eingehen. Dazu hat sich schon mein Vorredner, Dr. Stellnberger, geäu-

ßert und ich möchte es noch einmal unterstreichen und in Erinnerung bringen, daß der Ertrag aus der Gewerbesteuer nach dem Jahre 1972 S 32 Mill. betrug. Jeder Laie sieht auf den ersten Blick, daß in der Steuerpolitik auch unter einem SPÖ-Finanzminister etwas nicht stimmen kann, denn ich glaube kaum, daß dieser Rückgang der Gewerbesteuerleistung nur auf einen guten Steuerberater zurückzuführen ist. Zur Erhärtung kommt noch dazu, daß die Großindustriellen vom Staat Milliarden Steuergeschenke einstreifen und gleichzeitig demselben Staat fast S 8 Milliarden schulden, während sich im laufenden Finanzjahr die Einnahmen aus der Lohn- und Mehrwertsteuer um S 12,2 Milliarden erhöhen werden. Der Nachtragsvoranschlag zeigt uns erneut, daß zur Bewältigung der dringendsten und notwendigsten Vorhaben nur zu einem geringen Teil aus Eigenmitteln finanziert werden können und daher zum überwiegenden Teil mit teuren Krediten finanziert werden, die auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden müssen. Dementsprechend ist auch der Verschuldungsgrad unserer Gemeinde, der auch im Schuldendienst des Nachtragsvoranschlages klar zum Ausdruck kommt, die Zinsen- und Darlehenstilgungen steigen ja heuer schon auf S 8,3 Mill. an.

Feststellen möchte ich auch, daß nicht einmal die Hälfte der geplanten Vorhaben und Investitionen begonnen wurde bzw. im heurigen Jahr noch realisiert werden. Dadurch erspart man rund S 14 Mill. ein.

Beim Wohnbau allein spart man, wie immer, im heurigen Jahr S 4 Mill. ein. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werden ja Jahr für Jahr S 10 Mill. für den Wohnbau präliminiert. In den letzten 5 Jahren, das sind die Jahre 1969 - 1973, sind das S 50 Mill. als Darlehensmittel veranschlagt, aber nur insgesamt rund S 8 Mill. für den Wohnbau ver-

wendet worden.

Weniger sparsam ist man bei den Funktionsbezügen. Man will offenbar die Steyrer Öffentlichkeit mit Hilfe der Steyrer-Zeitung irreführen, und zwar schrieb die Steyrer-Zeitung in ihrer letzten Nummer vom 21. 11. auf der 1. Seite: "Ein schönes Beispiel für Sparsamkeit sind die Gemeindefunktionäre. Die Bezüge waren mit S 3,6 Millionen präliminiert, genommen haben sie nur S 3,5 Mill." Meine Damen und Herren, wir Kommunisten sehen es als unsere Pflicht an, gegen eine derartige Meinungsmanipulation entschieden aufzutreten. Wie Sie alle wissen und auch die Steyrer-Zeitung wissen mußte, stiegen die Funktionsbezüge für die sogenannten Ehrenämter der Gemeindefunktionäre von S 1,7 Mill. im Jahre 1972 auf S 3,5 Mill., laut Nachtragsvoranschlag 1974. Innerhalb dieser paar Jahre waren die Gemeindefunktionäre wirklich nicht bescheiden und sparsam. Noch dazu, wenn sie mit Hilfe der Privilegiengesetze der Politiker seit Juli dieses Jahres neuerlich eine Erhöhung der Bezüge im Ausmaß von monatlich - die Gemeinderäte wissen das - von über S 220,- bis zu S 5.000,- kassieren und damit nebenberuflich Traumgehälter aus dem gemeinschaftlichen öffentlichen Steuertopf entnehmen. Dem gegenüber ist dem Nachtragsvoranschlag zu entnehmen und findet auch in seinen Ziffern und Zahlen den Niederschlag, daß durch die Gebühren- und Tarifpolitik der Mehrheit dieses Gemeinderates die arbeitende Bevölkerung von Steyr schwerstens belastet wurde. Dies vor allem durch die Einhebung der Mehrwertsteuer für früher umsatzsteuerfreie kommunale Leistungen, durch die Einführung der 10 %igen Getränkeabgabe auf Bier und Speiseeis, durch die Mehreinnahmen bei Kindergartenbeiträgen und die 18 %ige Erhöhung der Ausspeisungsbeiträge. Weiters durch

die 30 %ige Erhöhung der Kursbeiträge der Volkshochschule, durch die 10,4 %ige Erhöhung der Altersheimgebühren, durch die Erhöhung der Kanalschlußgebühren und durch die 50 %ige Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühr sowie durch die 43 %ige Müllabfuhrerhöhung. Mehreinnahmen sind auch bei den Strafgeldern zu verzeichnen, die sich sogar mehr als verdoppelt haben. Das wurde auch heute schon festgestellt. Dabei dürfte meiner Meinung nach das Radargerät, als wertvolles Hilfsmittel eine große Rolle gespielt haben. Dazu, meine Damen und Herren, sind meiner Meinung nach nicht die Ordnungshüter schuld, daß diese Summen eingelaufen sind, sondern im Endergebnis doch auch der Gemeinderat, der dieses Hilfsmittel diesen Ordnungshütern zur Verfügung gestellt hat. Also, man braucht sich in diesem Rahmen daher nicht besonders beschweren. Insgesamt wurden durch die von mir aufgeführten Tarif- und Gebührenerhöhungen Mehreinnahmen von über S 5 Mill. im heurigen Jahr erzielt. Dazu ist auch notwendig, daß der Nachtragsvoranschlag, also eine Abänderung des Voranschlages, notwendig ist. Dazu, meine Damen und Herren, muß ich auch dem FPÖ-Vertreter ganz offen sagen, bei dieser Einnahmepost, wo es ganz schöne Veränderungen gegeben hat, haben Sie auch ganz fleißig die Hand erhoben und dafür gestimmt, daß es notwendig wurde und hier Änderungen durchgeführt werden müssen.

Meine Damen und Herren, dazu kommen noch, wie Sie sicherlich alle wissen, die enormen Erhöhungen der Wohnbaukosten in diesem Jahr, durch die Erhöhung der Verwaltungskosten, Heizungskosten, des Instandhaltungskostenzuschlages, des Gaspreises und natürlich kommen auch dazu die enormen Kosten der Umstellung auf das Erdgas.

Wenn ich schon in der Budgetdebatte unter anderem vorausschauend

gesagt habe, das Jahr 1974 wird das Jahr der großen Schröpfung, allerdings nicht der Großen zur Umverteilung der Lasten, sondern nur der kleinen Leute in unserer Stadt, so glaube ich, bestätigt der zum Beschluß vorliegende Nachtragsvoranschlag diese Behauptung.

Wir Kommunisten stimmen für den Nachtragsvoranschlag, allerdings einbezogen diese von mir gemachten kritischen Feststellungen und auch natürlich die Ablehnung der Gebühren- und Tarifpolitik sowie auch die Erhöhung der Funktionsbezüge.

Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr vorgemerkt. Wünscht noch jemand zum Antrag selbst zu sprechen? Ich stelle fest, das ist nicht mehr der Fall.

Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich die Anfragen und Kritiken chronologisch der Reihe nach behandle, soweit es überhaupt in der kurzen Zeit möglich ist, jeden Punkt für sich zu beantworten.

Herr Gemeinderat Fuchs hat nicht einmal, sondern sehr oft das Wort der Budgetwahrheit strapaziert. Gestatten Sie mir die Anschauung, wenn der Finanzreferent als solcher nach einer Budgetwahrheit trachtet, so ist er, ich möchte sagen, auf Grund seines Auftrages verpflichtet, eine sorgsame Finanzpolitik zu machen, er ist geradezu verpflichtet dazu und er wird sich dauernd im Widerstreit mit den Kollegen, die in erster Linie Forderungen zu vertreten haben, unbeschadet sich aber Sorgen machen müssen, woher kommt das Geld. Hier sind wir schon beim Nachtragsvoranschlag.

Verehrte Damen und Herren,

der ganze Nachtragsvoranschlag würde sich erübrigen, wenn wir die Mehreinnahmen einfach umlegen würden auf den Schuldendienst. Wir hätten weniger Schulden, dazu wären keine irgendwelch gearteten Beschlüsse notwendig und die Bdugetwahrheit würde viel größer sein. Was wäre aber? Man hätte so und so viele Wünsche, die Sie hier beschlußmäßig ausgefertigt haben, nicht verwirklicht. Wenn ich es so tierisch ernst nehmen würde mit der Forderung nach Budgetwahrheit - ich meine das im übertriebenen Sinn - dann müßte ich als Finanzreferent bei jedem Antrag, wo der Deckungsvermerk steht "ist entweder aus Mehreinnahmen oder durch Einsparung aus Haushaltsmitteln zu nehmen" zu Ihnen sagen, es leidet die Budgetwahrheit. Sehen Sie, ich glaube, wir sollen bei einer realistischen Einschätzung der Dinge bleiben und es ist nun einmal so, daß auch die Situation, die wirtschaftlichen und finanziellen Anforderungen an den Gemeindehaushalt sich während des Jahres so ändern und ich zitiere das Wort, daß Verschätzungen herauskommen, wie Sie dieses Wort auch oft strapaziert haben, die eben keine Verschätzungen sind. Es kommen Umschichtungen im Haushalt und Sie selbst haben die Anmerkung gemacht, 12 %, das ist eine geringfügige Überschreitung der vom Rechnungshof gestellten 10 % Toleranzgrenze.

Also ist es, wenn man es im Gesamten sieht, bei dem geblieben und jeder Beschluß ist von allen einstimmig getragen worden. Also wir schimpfen praktisch mit uns selbst, wenn wir heute sagen, wir haben uns dort verschätzt, wir haben das überschritten und wir haben jenes getan. So klammere ich mich an den Ausführungsteil, wo Sie sagen, wir sind im Rahmen geblieben. Was aber nicht heißt, daß wir nicht auch in Zukunft, wie immer, streben nach einer nie erreichten Budgetwahrheit. Ich möchte - Sie werden es mir gestatten - nicht auf jeden Punkt

von Ihnen eingehen und ich glaube, es war Ihnen bestimmt selbst zum Lachen, als Sie mit 118 % Verschätzung an die Spitze gestellt haben, daß die Verkehrsstrafen so hoch gestiegen sind. Hier von uns Schätzungen anzustellen, ist bestimmt überflüssig, obwohl es uns und hier muß ich Kollegen Treml rechtgeben, klar war, wie wir das Radargerät angeschafft haben, nicht um unser Budget aufzubessern, sondern um die Verkehrssicherheit zu heben. Aber Strafen sind eben in den Staaten, die wir kennen, mit Ausnahme dort, wo noch mit Stockhieben bestraft wird, mit finanziellen Einnahmen verbunden. Das ist dieses Mal zum Ausschlag gekommen. Ich glaube nicht, daß diese exorbitante Steigerung sich in den nächsten Jahren ergeben wird.

Die Betrachtung des Herrn Gemeinderates Dr. Stellberger auf der Einnahmenseite ist bestimmt interessant und gibt zu manchen Überlegungen Anlaß, und zwar in erster Linie zu der Überlegung, wie Sie ausgeführt haben, das eigene Steueraufkommen geht immer zurück, hingegen die Einnahmen durch die Bundesertragsanteile steigen. Das ist aber keine Einzelercheinung in diesem Gemeinderat, sondern das ist eben die Tendenz, die in Österreich überhaupt zu beobachten ist. Mit dem Sinken der eigenen Steueraufkommen geht ein Stückchen Gemeindehoheit verloren, aber und ich glaube auch, das soll man nicht unterschätzen, mit der Erhöhung der Ertragsanteile bei den Bundesabgaben erreicht man einen gewissen Sicherheitspolster im Rahmen der gesamten österreichischen Wirtschaft und ich glaube, gerade wenn man die wirtschaftliche Geschichte der Stadt Steyr und die wirtschaftliche Situation der Stadt Steyr betrachtet, kann man einen solchen Sicherheitsfaktor nicht hoch genug einschätzen. Kollege Treml möchte ich eigentlich nur ein markantes, bei der Betrachtung

von Budgetansätzen von ihm wieder wiederholtes Argument etwas zerplücken und das ist die Wohnbautätigkeit. Mit den wenigen Millionen, nur S 8 Mill. wurden im Jahre 1974 eingesetzt, es geht immer zurück. Ich darf aber auf eines hinweisen, daß man hier die S 8 Mill. nicht allein im Raum als Bauauftragssumme sehen darf, sondern was ist durch diese S 8 Mill. an finanzieller Kraft und Bautätigkeit freigestellt worden

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kollege Fürst, das war in den letzten 5 Jahren!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Aber wenn man bedenkt, daß allein im Jahre 1974 S 56 Mill. im Wohnbausektor aufgewendet wurden, aber dieses Argument kommt ja immer wieder. Dieses Jahr um soviel weniger, damals nur S 10 Mill. Warum ist das nicht mehr? Dann sieht das schon etwas anders aus.

Sehr geschätzte Damen und Herren!

Ich glaube, hier im großen und ganzen das gesagt zu haben, was dieser Nachtragsvoranschlag zu sagen verdient. Ich glaube, ich habe verschiedenes aufgeklärt und Ihnen neue Gesichtspunkte zugeführt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten für seine aufklärenden Worte. Ich darf nun den Antrag auf Feststellung des Nachtragsvoranschlages zur Abstimmung bringen.

Wer dem Nachtragsvoranschlag in der vorgebrachten Form die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Ich stelle somit die Einstimmigkeit fest. Ich darf nun Kollegen Fürst für die weitere Berichterstattung das Wort geben.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag lautet:

11) Ha-4611/73

Aufnahme eines Darlehens bei der OÖ. Landeshypothekenanstalt, der OÖ. Landesbrandschadenversicherungsanstalt und der Bank für OÖ. und Salzburg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Errichtung einer Handelsakademie, Handelsschule und Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen nach Maßgabe des von der Stadtgemeinde Steyr mit der Republik Österreich abgeschlossenen Vertrages wird der Aufnahme eines Darlehens bei der OÖ. Landeshypobank, der OÖ. Landesbrandschaden - Versicherungsanstalt und der Bank für Oberösterreich und Salzburg im Gesamtbetrag von S 40 Mill. zugestimmt. Der höchste Zinsfuß beträgt jährlich 18 %, die Höhe der Verzugszinsen je 20 %, der derzeitige Zinsfuß jedoch 10,5 % pro Jahr, wodurch sich eine Laufzeit des Darlehens von fünfzehn Jahren ergibt.

Zur Errichtung einer Handelsakademie, Handelsschule und einer Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen durch die OÖ. Landeshypothekenbank in der Höhe von S 40 Mill., wobei die Landeshypo selbst S 30 Mill. gewährt, je S 5 Mill. von der Bank für OÖ. und Salzburg und von der Landesbrandschadenversicherungsanstalt aufgebracht werden. Der Zinssatz für dieses Darlehen beträgt 10,5 % für jedes Jahr. Die Zinsen werden halbjährlich im vorhinein bezahlt. Ein halbes Prozent ist als Bearbeitungsgebühr zu entrichten und die Zuzählungstermine werden 1975 S 13 Mill., 1976 S 14 Mill., 1977 S 13 Mill. ausmachen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Geben Sie diesem Antrag die Zu-

stimmung, dann darf ich Sie um ein Zeichen mit der Hand bitten. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich ebenfalls mit der Aufnahme eines Kredites, und zwar beim Wiener Verein, Lebens- und Bestattungsversicherung auf Gegenseitigkeit.

Der Antrag lautet:

12) Ha-5092/74

Aufnahme eines Kommunalkredites beim Wiener Verein, Lebens- und Bestattungsversicherung auf Gegenseitigkeit.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Aufnahme des Kommunalkredites in der Höhe von S 30 Mill. zur Finanzierung kommunaler Bauvorhaben in den Jahren 1975, 1976 und 1977 beim Wiener Verein, Lebens- und Bestattungsversicherung auf Gegenseitigkeit, wird zugestimmt. Der Zinssatz des Darlehens beträgt 9,5 %, wobei die Zuzählung in Beträgen von je S 10 Mill. in den Jahren 1975, 1976 und 1977 zu erfolgen hat. Die Sicherstellung erfolgt durch Verpfändung der Ertragsanteile der Stadt an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird infolge Dringlichkeit der Magistrat zum sofortigen Vollzug der mit diesem Beschluß verbundenen Maßnahmen (Ausfertigung der Darlehenspromesse) ermächtigt.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

Gemeinderat Schodermayr verläßt um 15.30 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Darf ich um ein Zeichen mit der Hand

zum Zeichen der Zustimmung bitten?
Danke. Gegenstimmen? Einstimmige
Annahme.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich
mit der Gewährung eines Darlehens
an die Personalvertretung beim Ma-
gistrat Steyr. Der Antrag hat folgen-
den Wortlaut:

13) Ha-4992/74

Gewährung eines Darlehens an die
Personalvertretung beim Magistrat
Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Über Antrag wird der Personal-
vertretung beim Magistrat Steyr zur
Aufstockung der Vorschußkasse ein
Darlehen in Höhe von

S 100.000,--

gewährt und dieser Betrag als außer-
planmäßige Ausgabe bei der VP 01-85
bewilligt. Die Deckung hat durch Mehr-
einnahmen bei den allgemeinen
Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf auch hier um Annahme
bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine
Gegenstimme oder Wortmeldung? Das
ist nicht der Fall. Einstimmig be-
schlossen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der letzte Antrag an Sie hat die
Gewährung eines Darlehens an den
Wirtschaftsverein Arbeiterheim zur
dringenden Reparatur und zum Ausbau
des Casinos zum Gegenstand. Der An-
trag lautet:

14) Ha-4386/74

Gewährung eines Darlehens an den
Wirtschaftsverein Arbeiterheim.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Wirtschaftsverein Arbeiter-

heim in Steyr, Leopold-Werndl-Stras-
se 10, wird zum Zwecke von Adap-
tierungs- und Umbauarbeiten in den
Casino-Räumlichkeiten im Sinne des
Amtsberichtes ein unverzinsliches
Darlehen von

S 700.000,--

(Schilling siebenhunderttausend)

bewilligt und dieser Betrag in zwei Jah-
resraten von je S 350.000,- in den Ka-
lenderjahren 1974 und 1975 zur Aus-
zahlung gebracht.

Die näheren Darlehensbedingun-
gen sind im Darlehensvertrag, den die
Magistratsdirektion auszufertigen hat,
festzulegen.

Der Betrag von S 700.000,- wird
als außerplanmäßige Ausgabe bei der
VP 92-85 aoH bewilligt. Gleichzeitig
wird für das Kalenderjahr 1974 ein
Betrag von S 350.000,- freigegeben.
Die Deckung hat durch Aufnahme von
Darlehen zu erfolgen. Die Auszahlung
des Betrages erfolgt entsprechend dem
Baufortschritt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht zu diesem Antrag
das Wort? Als Erster Kollege Holub,
dann Kollege Fahrnberger.

Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, meine Da-
men und Herren des Gemeinderates!

Gleich zur Einführung in die Ge-
danken, die wir uns über diesen Antrag
machen müssen, möchte ich ein kleines
Detail anführen, daß wir ja jetzt eben
einen Antrag gehört haben, über diesen
nach der Debatte abzustimmen haben
werden, aber den Betrag selbst im
Nachtragsvoranschlag schon beschlos-
sen haben. Das wäre nur erstens eine
Einführung, ebenso wie die vorherge-
henden S 100.000 aus dem Zuschuß an
die Gemeindekasse, der durchaus ver-

ständig ist.

Zum vorliegenden Antrag möchte ich einige Gedanken von mir geben, die, wie ich glaube, wert sind, ausgesprochen zu werden. Es ist an sich eine begrüßenswerte Tatsache, daß die Stadtgemeinde Steyr ständig unterstützungswürdige Vereine fördert. Viele Sportvereine, Kulturträger und Vereine mit Aufgaben, die der Allgemeinheit dienen, wären gar nicht lebensfähig und könnten somit überhaupt nicht ihren gesetzten Zielen gerecht werden, wenn sie nicht durch die Stadt durch Mittelzuschüsse gefördert würden. Im gegenständlichen Fall allerdings ist doch die lebenserhaltende Funktion der zur Debatte stehenden Zuwendungen ein wenig sehr zu bezweifeln. Im Amtsbericht wird zur Unterstützung des Antrages schon auf einen Gemeinderatsbeschuß aus 1971 hingewiesen, genaugenommen vom 27. Mai 1971. Kraft dessen wurde dem Wirtschaftsverein Arbeiterheim ein unverzinsliches Darlehen von S 1 Mill. gewährt. In diesem Zusammenhang ist aber auch noch zu erinnern an die Sitzung des Gemeinderates vom 29. 6. 1972, in deren Verlauf unter Pkt. 6 der Tagesordnung eben demselben Wirtschaftsverein Arbeiterheim eine Erhöhung des Darlehens um S 200.000,- zugesprochen wurde.

Die Bedeckung war schon damals - das möchte ich ausdrücklich betonen - nur durch Aufnahme von Darlehen möglich. In derselben Sitzung des Gemeinderates wurde aber und das bedaure ich so nennen zu müssen, ein beispielloser Kraftakt der Mehrheitsfraktion mit Unterstützung des Kommunisten gesetzt. Der Wirtschaftsverein Arbeiterheim erhielt von der Stadt Steyr die runde Summe von S 3,6 Mill. für die Räumung eines stadteigenen Gebäudes, das im Jahre 1981 ohnehin der Stadt zugefallen wäre. Für diese Benützung wurde ein, wie Sie ja alle wissen, beinahe lächerlich geringer

Jahrespacht eingehoben. Die näheren Details, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sind Ihnen ja alle mehr oder weniger angenehm genau in Erinnerung.

Mir als jungem und damals noch nicht in der Gemeinde vertretenem Menschen stellt sich doch die etwas bange Frage, was denn mit diesem Riesenbetrage eigentlich geschehen ist? Ist es denn angesichts dieses Millionen-geschekes an Steuergeldern durch die sozialistische Mehrheit dieses Hauses an einen sozialistischen Verein wirklich vertretbar, daß nur 2 1/2 Jahre später schon wieder das Füllhorn kommunalen Geldes über den Wirtschaftsverein ausgeschüttet wird? In Anbetracht der gewaltigen Zuwendungen der letzten Zeit kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, daß dieser Verein schon wieder so notleidend ist, daß er der Hilfe öffentlichen Geldes zur Instandhaltung des Casinos bedarf. Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Verstehen Sie bitte meine Worte nicht dahingehend, daß ich ein glühender Feind des Wirtschaftsvereines wäre, ich bin kein Gegner dieser Institution, aber bitte schließen Sie sich meinen Überlegungen an, daß es niemandem, keinem Einzigen aus der wirklich fleißig arbeitenden Bevölkerung, keinem Arbeiter, keinem Angestellten möglichst, auf diese Art und Weise Zuschüsse zur Instandhaltung seiner Heizung zu bekommen. Das geht einfach nicht und wäre nicht denkbar. Es ist auch nicht möglich, daß die Gewerbetreibenden - es gibt einige, wenn auch nicht vergleichbare Säle in Steyr, die auf eben dieselbe Art und Weise, ich möchte fast sagen Haus und Hof instandhalten können.

Sicher, der Kaffeeraum war zu erneuern. Aber seien Sie mir nicht böse, jeder andere Wirtschaftstreibende muß ja auch schauen, wie er sein Geschäft auf den aktuellen Stand der Din-

ge und den gegebenen Erfordernissen anpassen kann.

Es wird ja von der Stadt Gewerbeförderung bezahlt, das wissen wir alle, aber im Vergleich zu den jetzt aufzuwendenden Förderungen sind die nach den derzeitigen Gepflogenheiten zur Verfügung stehenden S 5.000,- - den Spitznamen dieser Zuwendung möchte ich Ihnen und mir ersparen, er ist Ihnen allen bekannt - nahezu lächerlich. Dieser Umstand wurde auch durch unsere Fraktion schon öfter angezeigt. Sie sind aber bis dato nicht bereit gewesen, die Gepflogenheiten in der Vergabe von Wirtschaftsförderungen in irgendeiner Form zu ändern. Es gibt nämlich in Wirtschaftsbetrieben durchaus andere lebensnotwendige Investitionen, die subventionswürdig wären, als nur den Einbau von Klosettanlagen in Gastgewerbebetrieben. Kleine Frage: Wo bleibt denn da das gleiche Recht für alle? Im Antrag heißt es, die Amortisation soll in 10 gleichen Jahresraten erfolgen, wie der Herr Stadtrat noch verlesen hat. Eine Abschreibung dieser Jahresraten im Subventionswege über Ansuchen des Vereines ist möglich, wenn aus dem Saalbetrieb keine Mieteinnahmen im laufenden Fiskaljahr erzielt wurden.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Würde geschehen, wenn Sie keine Veranstaltungen mehr abhalten würden!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Der Einwand ist nicht ganz gerechtfertigt, weil Sie sicherlich genau wissen, daß Bälle von politischen Parteien derzeit nicht entgeltliche Saalbenützung voraussetzen. Also bitte, das tut mir leid, daß ich Ihnen widersprechen muß. Es ist gegen die Höflichkeit, aber in dem Fall notwendig. Die Erwähnung dieser Möglichkeit ist meiner Meinung nach im Amtsbericht

überhaupt überflüssig, denn wie ich schon eingangs, wenn meine Überlegungen richtig sind, sagte, steht es jedem Verein offen und es ist auch richtig, daß jeder Verein gefördert wird, wenn er zur Erhaltung seiner Funktion diese Förderung absolut notwendig hat. Gott sei Dank trifft ja auch diese Förderung für die Vereine immer wieder zu. Es sei denn, dieser Passus im Amtsbericht ist notwendig, wenn die Förderung auf diese Art schon jetzt fix eingeplant wäre. Aber, meine Damen und Herren, wäre es dann nicht vielleicht zweckmäßiger gewesen, nicht von einem zinsenlosen Darlehen, sondern gleich von einer Subvention zu sprechen? Aber ganz egal, ob Subvention oder zinsenloses Darlehen, in einer Zeit, wo immer nur von Einsparungen und ganz richtig immer nur von Einsparungen gesprochen wird, ist diese Zuwendung, deren Bedeckung ja, wie Sie wissen, nur durch Aufnahme von Darlehen möglich ist, eine arge Belastung der ohnehin schon sehr angespannten finanziellen Verhältnisse unserer Stadt und ich möchte fast sagen eine Herausforderung des Steuerzahlers, der ja letztlich für das ganze Vergnügen aufkommen muß. Ich muß daher aus der Verantwortung unseren Gemeindebürgern gegenüber namens der ÖVP-Fraktion erklären, daß wir diesem Antrag nicht beitreten können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Als Nächster Kollege Fahrnberger.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Holub hat mir schon sehr viele Dinge, die zu sagen wären, vorweggenommen. Ich hätte Sie auch ganz gerne gesagt, vor allem die obskure Vorgangsweise, daß man einen Tages-

ordnungspunkt, der bereits im Nachtragsvoranschlag zu beschließen war, hinten auf die Tagesordnung setzt. Wir haben auch bereits gehört, daß in den Jahren 1971 bis 1972 schon insgesamt S 1,2 Mill. in Form eines "zinsenlosen Darlehens" an den Wirtschaftsverein so gegeben wurden, daß die Vereinbarungen derart waren, daß es dem Verein freistand, um eine Gewährung, Freistellung dieser Rückzahlung anzusuchen, wenn kein Gewinn nachgewiesen werden konnte. Die damit verknüpfte Begründung, die Räumlichkeiten lediglich um vereinbarte Regiebeiträge, wie Heizung, Garderobiere oder andere Dinge, Reinigung, zu vermieten, genügte also vollauf, um das "Darlehen", wie gesagt zinsenlos und mit der Möglichkeit versehen, jährlich die Rückzahlungsraten geschenkt zu bekommen. Jeder Gastronomiebetrieb, dem man die Möglichkeit gibt, Veranstaltungen abzuhalten, bei denen konsumiert wird, stellt seine Räumlichkeiten selbstverständlich auf seine Kosten zur Verfügung, noch dazu, wo hier die Möglichkeit besteht, Regiebeiträge, die anfallen, bezahlt zu bekommen. Diese angeführte Begründung muß also absolut als fadenscheinig gelten und wenn wir sie weiterhin als Begründung gelten lassen, so muß ich auch hier feststellen, daß sie natürlich auch für andere Bewerber gelten wird müssen. Also nicht genug mit diesen S 1,2 Mill., die bereits in den Jahren 1971 und 1972 als zinsenlose Darlehen gegeben wurden, auch die skandalöse Vorgangsweise bei der S 3,6-Millionen-Ablöse der nicht notwendigen frühzeitigen Kündigung des Pachtvertrages Volkskino fällt in diese Sparte. Dazu kommen jetzt noch die in diesem Antrag beantragten S 700.000,-. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Interview mit dem neugewählten Landesparteiobmann der sozialistischen Partei OÖ., Herrn Dr. Hartl, das er kürzlich in der Sendung "Quer-

schnitte gegeben hat, hinweisen. Dr. Hartl wurde sinngemäß gefragt, ob der Kontrollobmann Dr. Baumgartner recht hatte, daß er für eine saubere, der Öffentlichkeit zugängliche Parteienfinanzierung und gegen eine Finanzierung durch parteieigene Betriebe und durch Tarntitel eingetreten ist. Herr Dr. Hartl antwortete, ebenfalls sinngemäß: Er fände die bisherige Finanzierung nicht ungesetzlich, war aber auch der Ansicht, daß es die Bevölkerung nicht liebt, wenn die notwendigen zusätzlichen Finanzierungen unkontrollierbar über die parteieigenen Betriebe geschehen. Auch er findet diese Finanzierungsmöglichkeit problematisch und ist daher der Meinung, daß da etwas getan werden müßte. Meine Damen und Herren!

Ich glaube Sie verstehen uns, wenn wir nach den Millionenzuwendungen an den Verein Arbeiterheim an einen Geldmangel bei diesem Verein nicht recht glauben können und daher diesem Antrag unsere Zustimmung nicht geben können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Noch eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Weil ich apostrophiert wurde, muß ich doch ein paar Worte dazusagen. Wir Kommunisten sind für Darlehen immer eingetreten mit der Begründung, weil es dem Zweck dient, dem einzigen Veranstaltungsort in Steyr, nämlich dem Casino, die Möglichkeit zu geben, also dem Verein Arbeiterheim die Möglichkeit zu geben, diesen Saal auszubauen, daß er für die gesamte Steyrer Bevölkerung zugänglich ist, nämlich er ist nur in der Form zugänglich, besonders für die von Ihnen, Herr Gemeinderat Holub, angeführten Vereine und Organisationen,

darunter fallen natürlich auch die Parteien, die nicht über so große finanzielle Mittel verfügen, nämlich die kleineren Parteien, daß sie kostenlos diese Räumlichkeiten des Casinos zur Verfügung haben und auch in Zukunft haben sollen. Aus diesem Grund werde ich auch heute wieder dafür stimmen, daß dieses Darlehen gegeben wird, daß eben diese einzige Möglichkeit, in Steyr Veranstaltungen abzuhalten - bis wir dieses Kulturzentrum im Volkskino schaffen werden noch einige Jahre vergehen - daß wir die Möglichkeit haben, dort Veranstaltungen kulturellen Lebens in Steyr überhaupt abzuwickeln. Dazu, lieber Herr Gemeinderat Holub, Sie machen wahrscheinlich von diesem Angebot mehr Gebrauch, besonders die Plakate, die ich in Erinnerung habe in den letzten Wochen der "Jungen Generation", wo gleich eine Folge von Tanzveranstaltungen angekündigt ist und Sie offenbar dort keine Miete bezahlen mußten für den Saal. Das heißt, mir würde es viel leichter fallen, hier dagegen aufzutreten, weil wir diese Räumlichkeiten am wenigsten in Anspruch nehmen. Auch der Allgemeine Turn- und Sportverein, der ziemlich nahe bei der FPÖ ist, gebraucht sehr oft diese Räumlichkeiten dieser Arbeiterorganisation, wo es auch bestimmte Umstände zu erwähnen gäbe, die erspare ich mir, weil ich sie schon einmal gemacht habe im Zusammenhang mit der vorzeitigen Pachtauflösung des Volkskinios. Daß dieser Verein Arbeiterheim doch in bestimmten Zeiten sehr eingeschränkt wurde und finanzielle Verluste erlitten hat und daher auch gerechtfertigt ist, daß im Sinne der Öffentlichkeit hier ein Darlehen gegeben wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Damit sind die Wortmeldungen beendet, Kollege Schwarz dazu.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dazu ist eine sachliche Aufklärung notwendig. Herr Gemeinderat Holub hat angeführt, daß wir den Nachtragsvoranschlag vor einer halben Stunde beschlossen haben und in diesem ist das Darlehen an den Verein Arbeiterheim Casinoubau drinnen und es wurde allgemein zugestimmt und es ist sehr befremdend, daß 10 Minuten später oder eine halbe Stunde später gegen dieselbe Position polemisiert wird und dagegen gestimmt wird. Das möchte ich sagen.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Eine von 450!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sicherlich, aber das möchte ich nur sagen, ursprünglich eine Zustimmung und nachträglich erfolgt eine Ablehnung. Das ist eine Zwiespältigkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke, Herr Kollege Fritsch.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Dieser Logik des Herrn Bürgermeisters Schwarz kann ich mich nicht unbedingt anschließen, aus der einfachen Überlegung heraus, daß wir auch einen Voranschlag für das kommende Rechnungsjahr vollinhaltlich beschließen, gleichzeitig aber auch Ausgabenposten, die erst realisiert werden müssen, einer eventuellen Ablehnung zu unterziehen haben. Ich glaube, daß vielleicht - ich darf sagen ich glaube es nur - eine gewisse Absicht dahingehend bestand, vielleicht diese Positionen im Bezug auf die Aufstellung der Tagesordnung so vorzunehmen. Nur darf ich vielleicht der gesamten Argumentation, die heute hier erfolgt ist, einiges anschließen. Erstens die Über-

legung, wohin sind, sehr geehrte Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, die insgesamt S 4,8 Mill., die dem Wirtschaftsverein Arbeiterheim, seit dem Jahre 1971 her gesehen, gegeben wurden, tatsächlich hingekommen?

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Das ist unsere Angelegenheit!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Ist es vielleicht eine Möglichkeit, das überhaupt zu erklären, daß dieser Verein dementsprechend notwendig einer zusätzlichen Subvention bedarf? Ich glaube, wenn Sie die Zustimmung der anderen Fraktionen für diesen Antrag haben wollen, dann glaube ich, wäre es wirklich recht und billig gewesen, eine dementsprechende Offenbarung uns vorzulegen. Ich darf vielleicht weiters anschließen, daß diese S 700.000,-, die Sie heute, aus Ihren Reaktionen erkennbar, mit Mehrheit beschließen werden, den Steuersäckel wieder dementsprechend mehr als mit S 700.000,- belasten. Sie dürfen in der Überlegung auch die Zinsen nicht ausschließen.

Ich kann mir auch eines nicht sehr gut vorstellen, daß man auf der einen Seite gegen kommunalpolitisch gesehen notwendige Tarifregulierungen - ich gebrauche absichtlich diesen Ausdruck - stimmt, aber auf der anderen Seite von einer Fraktion her gesehen ohne weiteres aus der Tasche der Steuerzahler wieder S 700.000 für eine von uns aus gesehen dubiose Sache zu nehmen gewillt ist. Ich möchte noch einmal erhärten, daß gerade das Problem des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim uns sicherlich alle bewegt, das gebe ich ohne weiteres zu und wir auch weiterhin ein repräsentatives Lokal für die Abwicklung unserer Veranstaltungen brauchen, daß aber die Zuführung von Subventionen in dieser Art und Weise, von unserer Warte aus gesehen, nicht gerechtfertigt ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bevor ich dem Berichterstatter das Wort erteile, muß ich eine Korrektur der Ausführungen des Kollegen Fritsch vornehmen. Ich muß mich energisch dagegen verwehren, nachdem ich ja für die Einladungen und Tagesordnungen verantwortlich zeichne, daß hier mit der Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes eine bewußte Irreführung des Gemeinderates gemeint oder auch nur beabsichtigt war. Diese Unterstellung muß ich hier doch mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Das Zweite ist, ich glaube es ist verständlich, wenn heute die Parteien untereinander gerne den Wunsch hätten, in die Gebärung der anderen Partei Einblick zu nehmen, aber das ist nicht Angelegenheit des Gemeinderates der Stadt Steyr, das sollen sich die Parteien untereinander ausmachen, wenn Sie den Wunsch haben. Hier glaube ich, kann die Frage nicht gelöst werden, das möchte ich auch dazusagen. Zur Frage Casino gäbe es noch - so bin ich der Meinung - verschiedenes zu sagen. Meine Damen und Herren, ich glaube, man soll das hier nicht vom parteipolitischen Standpunkt betrachten, sondern von der echten Sachlage. Wir haben einmal, das weiß jeder in Steyr, kein anderes Lokal zur Verfügung, das eben die Möglichkeit bietet, wie sie im Casino wahrgenommen werden kann. Ich gebe aber zu, daß immer wieder unter dem Titel Verein Arbeiterheim Casino Steyr gewisse Emotionen ausgelöst werden, die - wie ich meinte - längst durch Jahrzehnte überwunden sind. Daher will man manche Gründe oder Argumente nicht gelten lassen, die tatsächlich da sind. Denken Sie einmal daran, daß wir, wenn es zu einem abrupten Abbruch durch irgendein Ereignis des Casinos kommen würde, die gesamte Kultur- und Gesellschaftspolitik in Steyr würde einen starken und argen Einbruch erleiden. Das wird, glaube ich, niemand bestrei-

ten, wenn er die Sache objektiv beurteilt. Wenn man es von der Sicht her betrachtet, glaube ich, schaut das etwas anders aus und es würde manche emotionelle Äußerung vielleicht doch etwas gemildert dargestellt werden. Ich wollte nur den eigenen Diskussionsbeitrag liefern, ich wollte ein paar Dinge sagen, die meines Erachtens notwendig sind.

Herr Kollege Holub noch einmal.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Nur ein paar Worte zu Ihren Äußerungen, Herr Bürgermeister. Ich muß ehrlich sagen, es kränkt mich persönlich als, wie ich glaube, sehr freizügigen Menschen und viel zu jungen Menschen dazu, daß ich die Emotionen, auf die Sie jetzt anspielen, die von mir keineswegs gemeint waren, in irgendeiner Art und Weise Beziehung hätte, das müßte in aller Deutlichkeit klargegestellt werden, Herr Bürgermeister und es ist ewig schade für das schöne Klima hier im Saal, daß durch einen Diskussionsbeitrag diese Jahre, die Jahrzehnte zurückliegen, wie Sie meinen und wie Sie ganz richtig sagen, wieder in Erinnerung gerufen werden. Ich habe ausdrücklich gesagt, es ist keineswegs eine Aversion gegen den Wirtschaftsverein Arbeiterheim, sondern nur, das habe ich ausdrücklich gesagt, die echte und aufrichtige Sorge um die Verwendung von öffentlichen Geldern. Die Sorge müßte anzuwenden sein für jeden anderen Verein.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Kollege Wallner!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Nur ein Wort dazu, Herr Bürgermeister. Ihrer Drohung, daß es im Falle eines Abbruches des Casinos zu einem Abbruch sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen in Steyr kommen müßte, kann ich nicht ganz

folgen oder nicht ganz ernst nehmen, denn geben Sie bitte, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, jedem unserer Gastwirte in Steyr, der die räumliche Möglichkeit hat, einen Ausbau vorzunehmen, dieses Geld, das Sie nunmehr seit 1971 beschlossen haben, so wird jeder der Gastwirte, der - wie gesagt - die räumlichen Voraussetzungen schaffen kann, zum Ausbau selbstverständlich gerne bereit sein, diese Funktion des Arbeitervereines zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich wüßte zwar momentan keinen. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir brauchen keine Überlegungen anzustellen über Abbruch oder nicht. Ich habe nur die Möglichkeit angedeutet. Das war eine rein theoretische Feststellung. Herr Kollege Fürst hat sich noch gemeldet. Ich habe sonst keine Wortmeldung mehr festgestellt.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Meine Damen und Herren!

Vor allem Herr Gemeinderat Holub, es ist komisch, wenn Sie zum Schluß so tun, nach der Manier "haltet den Dieb", wie wenn wir momentan die Atmosphäre vergiftet hätten, Emotionen hier freigelegt hätten, aufgeheizt hätten. Alle haben ihre Ausführungen, die Sie zu diesem Kapitel gebracht haben, noch sehr gut in den Ohren. Ich hoffe, daß diese mehrmalige Aufforderung zum Sparen, wenn es darum geht, Vereine zu unterstützen, Ihnen bei passender Gelegenheit wieder einfallen wird. Ich werde Sie bestimmt darauf aufmerksam machen, denn auch in Ihrer Gegend herum schwirren Wünsche, Begehrlichkeiten nach diesem und jenem schönen Ausbau usw. und Sie haben mit uns immer ein gutes Gesprächsklima gefunden. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß Sie dieses Klima erhalten wollen, sonst hätten Sie vorerst besseren Unterricht

in Demagogie genommen, das haben nämlich schon andere vor Ihnen besser gelernt und hätten hier Ihre Ausführungen anders gesetzt. Wissen Sie, alles, was man einmal sagt, kann gegen einen verwendet werden. Diese Herausforderung an den Steuerzahler, die Sie an die Wand malen, stimmt nicht ganz, denn jeder Steyrer weiß, was für Funktionen das Casino in Steyr allgemein erfüllt. Darüber braucht man wirklich keine große Aufklärungsarbeit leisten. Würden wir von der Gemeinde aus bereits im Besitze eines Hauses der Begegnung oder wie Sie es nennen wollen, eines Lokals dieser Größe sein und müßten das erhalten, uns würden die Kosten weit weit höher kommen und so sehe ich nichts Unbilliges, wenn man hier in irgend einer Form, nicht als Subvention, sondern als Darlehen - das möchte ich betonen - hilft.

Aber den Gipfelpunkt und ich möchte es rundweg eine Frechheit nennen, sind die Ausführungen, wo nicht nur Sie, auch der Kollege der Freiheitlichen Fraktion uns fragt, was der Verein Arbeiterheim mit dem Geld, was er durch einen Verkauf bekommen hat, angestellt hat. Noch nie ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ablöse! Ich habe Sie wegen der mangelhaften Nomenklatur nicht angegriffen, bitte halten Sie sich ebenso daran.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Nennen Sie es Ablöse. Noch nie ist eine Ihrer Organisationen gefragt worden. Haben wir Sie gefragt, als Sie den Frohe-Jugend-Platz verkauft haben? Wir wissen zwar ungefähr, wo das Geld hingegangen ist, aber niemandem würde es einfallen zu fragen, legen Sie Rechenschaft ab, was haben Sie mit dem Geld getan. Das ist doch Ihre Angelegenheit und das ist auch unsere. Das würden wir hier nachträglich un-

terstreichen. Die Offenbarung, Kollege Fritsch, ich glaube, ich sehe Sie für so intelligent an, daß Sie wohl wissen

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Sie erteilen heute laufend Zensuren.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sie verstehen sich auf Zensuren sehr gut. Ich muß da eines sagen, Sie wollten das provozieren, denn die Antwort können Sie sich doch ruhig selbst geben. Wer hat denn das notwendig, daß er mit den Unterlagen geht und sagt, so und jetzt schaut hinein, entweder ist das eine gerechte Forderung oder nicht. Aber daß wir noch den Offenbarungseid für ein Darlehen abgeben, das ist doch eine zu große Zumutung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren!

Die Diskussion ist mit dem Schlußwort des Antragstellers abgeschlossen. Wie es ausgehen wird, ist bekannt. Ich muß Sie aber doch bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wer für den Antrag stimmt. Gegenprobe?

(9 Gegenstimmen ÖVP-Fraktion,
2 Gegenstimmen FPÖ-Fraktion).

Mit Mehrheit beschlossen.

Damit ist Kollege Fürst aus der Berichterstattung entlassen. Nächster Berichterstatter ist Frau Stadtrat Kaltenbrunner. Ich bin überzeugt, da wird es bestimmt keine Schwierigkeiten geben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Verehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 2 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Österreichischen Roten Kreuz und lautet:

15) Ha-5722/74

Österreichisches Rotes Kreuz,
Bezirksstelle Steyr; Subvention -
Personalkosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, wird über Antrag eine Subvention als Zuschuß zum Personalaufwand für 4 Bedienstete gewährt.

Der Errechnung des Zuschusses werden folgende Vergleichsposten zugrunde gelegt:

- 1 Bediensteter Schema IV/C/V/5, verheiratet, 1 Kind
- 2 Bedienstete Schema IV/D/IV/2, ledig
- 1 Bediensteter Schema III/p 3/III/9, ledig.

Der Zuschuß wird mit 46 % der jährlichen Personalkosten (Gehalt, allgemeine Dienstzulage, Verwaltungsdienstzulage, Haushaltszulage) für die Vergleichsposten bemessen und beträgt für das Jahr 1974 S 216.184,-.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 216.200,-

(Schilling zweihundertsechzehntausendzweihundert)

als überplanmäßige Ausgabe bei VP 51-53 oH. bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen,

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Keine, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Der zweite Antrag behandelt die Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend den Ankauf von festen und

flüssigen Brennstoffen für das Jahr 1974 und lautet:

16) GHJ1-3134/74

Ergänzung des GR-Beschlusses,
betreffend den Ankauf von festen
und flüssigen Brennstoffen für das
Jahr 1974.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 9. 1974, mit dem zum Ankauf von festen und flüssigen Brennstoffen für das laufende Kalenderjahr ein Betrag von S 3 Millionen freigegeben worden ist, wird hiermit zur Deckung des restlichen Bedarfes eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 1,800.000,--

(Schilling eine Million achthunderttausend)

bei SN 2-31 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Der Auftrag zur Lieferung von ca. 228 to Heizöl mittel wird der Firma Minol, Steyr, zum Anbotspreis von S 565.000,--

die Lieferung von 90 to Heizöl leicht
1 to poln. Steinkohle
4 to Briketts und
29 to Koks.

der Firma Steyrer Kohlenvertrieb zum Anbotspreis von S 317.000 übertragen.

Für Gaslieferungen sind an das städtische Gaswerk S 515.000,--
für Stromlieferungen an die OKA Linz S 210.000,--

und für die Beheizung verschiedener Kindergärten und Schulen an die GWG der Stadt Steyr (Fernheizwerk)

S 103.000,--

zu leisten.

Zur Abdeckung von Reparatur- und Instandsetzungskosten an den Feuerungsanlagen sind S 90.000,-- zu verwenden.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Gegenstimmen oder Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

Herr Kollege Kinzelhofer bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 4 Anträge des Stadtsenates vorzutragen. Der erste befaßt sich mit der Genehmigung der Jahresbilanz 1973 der Stadtwerke Steyr. Er lautet:

17) ÖAG-4534/74

Städt. Untern.

Genehmigung der Jahresbilanz
1973 der Stadtwerke Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Jahresbilanz 1973 der Stadtwerke Steyr wird genehmigt.
(BEILAGE B).

Die Jahresbilanz ist jedem Gemeinderat zugegangen. Ich möchte noch mitteilen, daß das Kontrollamt der Stadt diese geprüft hat und in Ordnung befunden hat. Ich ersuche den Gemeinderat, die Bilanz zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag, werter Gemeinderat, betrifft die Errichtung einer neuen Omnibuslinie der Stadtwerke für das Steyrdorf. Es soll eine Linie von der Rooseveltstraße ab Kaserne errichtet werden von den Unternehmungen, um den Verkehr im Steyr-

dorf zu ermöglichen, auf Grund der Straßenverhältnisse, die wir geschaffen haben.

Es ist dazu notwendig, einen Autobus anzukaufen. Bürgermeister Weiss hat die Möglichkeit aufgegriffen, in den Steyr-Werken mit dem Generaldirektor Verhandlungen aufzunehmen, um einen preismäßig günstigen Autobus zu kaufen. Es ist der Omnibus, der seinerzeit der Gemeinde vorgeführt wurde und wir hatten damals nicht die Mittel, zum damaligen Preis, einen neuen Autobus anzukaufen. Er kostete fast S 1 Mill. Jetzt ist er gebraucht als Vorfürswagen und er bietet sich um S 500.000,- an.

Es ergeht der Antrag an den Gemeinderat:

18) ÖAG-6101/74

Städt. Untern.

Errichtung einer neuen Omnibus-
linie der Stadtwerke für das Steyr-
dorf.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des vorstehenden Amtsberichtes wird zum Zwecke der Förderung der gewerblichen Wirtschaft und zur Belegung des Geschäftsverkehrs in verkehrsmäßig ungünstig gelegenen Stadtgebieten durch die Stadtgemeinde bei der Steyr-Daimler-Puch-AG ein Omnibus im Werte von rund

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

angekauft.

Der Omnibus wird den Stadtwerken zur Einrichtung einer entsprechenden Omnibuslinie zur Verfügung gestellt. Die Freigabe des notwendigen Betrages wird nach Vorliegen des endgültigen Preises des Omnibusses beantragt werden.

Gemäß § 44, Abs. 5, des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf Sie um Genehmigung dieser Linie und um Ankauf dieses Omnibusses ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu das Wort?
Herr Kollege Wallner bitte!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Vielleicht ein paar Worte dazu, wenn Sie mir das gestatten, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

Die gewerbliche Wirtschaft erlaubt sich, berechtigte Kritik zu üben, wenn es um spezielle Sorgen geht. Ich denke speziell an das Steyrdorf und sie erkennt auch dankbar an, wenn sich die Stadtverwaltung dieser Sorgen annimmt, sie versteht und wenn sie auf schnelle unbürokratische Weise Abhilfe schafft. Eine der Forderungen, wie Sie sich erinnern können, zumindest die Herren des Präsidiums und der Herr Verkehrsreferent wissen das, war bei Einführung der neuen Verkehrsregelung die Belassung der Autobushaltestelle am Wieserfeldplatz. Daß diese Forderung durchaus berechtigt war, geht glaube ich sehr deutlich daraus hervor, daß heute vormittag anlässlich der Ausstellung "Steyr - Grundlagen der Stadterneuerung" - Herr Bürgermeister und die meisten Damen und Herren waren dabei - kein geringerer als der Assistent Dr. der Techn. Hochschule Graz, Dipl. Ing. Hierzegger - ich wurde in meinem engsten Freundeskreis zweimal falsch belehrt - in der Form bestätigt, als eine wissenschaftlich fundierte Befragung des an der heute vorgestellten Publikation beteiligten Soziologen im Bereich des Steyrdorfes die triste Situation dieses Stadtteiles aufgezeigt hat. Die Bevölkerung hat in dieser Befragung bedauerlicherweise diesen Stadtteil als abgewohnt bezeichnet und möchte gerne - so war das Ergebnis dieser repräsentativen Befragung - die Wohnung wech-

seln. Was gerade eine solche durchaus ernst zu nehmende wissenschaftlich fundierte Aussage für die gewerbliche Wirtschaft - von der Stadt an und für sich abgesehen - bedeutet, können Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sicher vorstellen. Es müssen daher, das war Sinn und Zweck meiner Wortmeldung, alle Anstrengungen seitens der Stadtverwaltung unternommen werden, um solchen Abwanderungstendenzen zu begegnen.

Es ist mir völlig klar, daß wir in diesem Stadtteil nicht sofort von uns aus neue Häuser errichten können. Wir können aber dafür sorgen, daß dieser Stadtteil weiterhin nicht vom Verkehrsstrom abgeschnitten wird. Als erste Maßnahme wurde - das habe ich schon in einem anderen Gremium erwähnt, denn wir verstehen auch danke zu sagen - vom Bürgermeister ad hoc verfügt, daß eine neue städtische Autobuslinie über den Wieserfeldplatz geführt wird. Mit dem gestrigen Tag ist diese Linie installiert worden. Wir haben gehört, daß zwar nur einige Fahrgäste zu verzeichnen waren, das ist aber durchaus verständlich, denn das hat sich noch nicht herumgesprochen. Aber bei der Rückfahrt war der Autobus schon ziemlich voll.

Vielleicht etwas, was glaube ich vom Referenten schon veranlaßt wurde, ich möchte es nur der Ordnung halber hier sagen. Die Sitzplätze müssen umgerichtet werden. Sie sind derzeit als Querplätze angeordnet, sie müssen selbstverständlich als Längssitze ausgestattet werden.

Die zweite Forderung der Wirtschaft wurde ebenfalls erfüllt, und zwar ging es damals um die Forderung auf weitere Zufahrtsmöglichkeit zu den Geschäften. Die dritte Forderung müßte meines Erachtens schnellstens erfüllt werden, und zwar der Ausbau des Wieserfeldplatzes für die Aufnahme des ruhenden Verkehrs. Damit ich richtig verstanden werde. Das

war keine Lobhudelei des Herrn Bürgermeister, sondern es ist uns ein echtes Bedürfnis gewesen. Ich bin hiezu bevollmächtigt, das zu sagen, danke zu sagen für diese ad-hoc-Entscheidung. Daß gerade ich nicht aus-ersehen wurde, lobzuhudeln, glaube ich, wird mir der Bürgermeister bestätigen, denn in einem anderen Gremium hat er schon anderes gehört. Also nochmals danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Nicht für mich danke, sondern für die Anerkennung an die gesamte Stadtgemeinde Steyr. Darf ich kurz eines aufklären. Der gestern in Betrieb genommene Autobus, um 8.40 Uhr ist die Linie in Betrieb genommen worden, ich wollte ursprünglich die erste Fahrt selbst mitmachen, es war aber dienstlich nicht möglich, hat ergeben nach Aussage des Kontrollors, daß 3 Personen vom Wieserfeldplatz abgefahren sind. Heute waren es bereits 15 und ab dem Stadtplatz die weitere Runde ist der Autobus ziemlich voll ausgelastet. Im allgemeinen braucht es geraume Zeit, spätestens 1 Monat, bis die einzelnen Fahrzeiten bekannt sind. Ich glaube, daß der Schritt richtig war, schnell zu entscheiden, weil ich bei dieser Verkehrsregelung eines beobachten konnte, manche emotionelle Beiträge beim seinerzeitigen Beisammensein mit der Wirtschaft haben gezeigt, daß mehr aus Unkenntnis der Einzelheiten als aus grundsätzlichem Widerstand manche Kritiken angebracht worden sind. Es wardaher in der Folge von mir schnell zu veranlassen, daß diese Beschwerden gesammelt werden und wenn möglich auf kurzem unbürokratischem Wege einer Erledigung zugeführt werden. Es ist inzwischen schon eine Reihe von Dingen geschehen. Wir werden das weiter verfolgen und dort wo es möglich und notwendig ist, verschiedene kleine Änderungen, die im Interes-

se der Steyrer liegen, noch durchführen. Das wäre kurz dazu zu sagen.

Noch weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Nur ganz kurz. Es war meiner Meinung nach erfreulich, daß das Verkehrsnetz ausgeweitet wurde. Herr Stadtrat Wallner hat darauf hingewiesen, daß es erfreulich ist, daß ad hoc und so schnell dieses Problem in Steyrdorf gelöst wurde. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur anschnitten, wir haben einige andere sehr wichtige Probleme, die jahrelang schon auf eine Lösung warten, und zwar das sind die Wohngebiete Klein aber Mein und Gründbergsiedlung, daß man auch dort versuchen soll, in der nächsten Zeit dieses jahrelange Verlangen der Bevölkerung, daß sie etwas näher an die Innenstadt herankommen, daß man diese Autobuslinien verstärkt und ausbaut.

Zum Ankauf des Autobusses werden wir ja sagen. Ich bezweifle allerdings die Ausführungen des Stadtrates Kinzelhofer der sagt, wir haben sehr preisgünstig gekauft um S 500.000,-. Da müßte jetzt jeder Gemeinderat und auch jede Gemeinderätin lachen.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Billig habe ich gesagt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Die Äußerungen und die Verhandlungen kennen wir aus den verschiedenen Ausschüssen, die uns mitteilten, daß sich die Steyr-Werke sehr - ich erspare mir den Ausdruck, den ich gehört habe bei der Sitzung - mit 3 % Rabatt der Gemeinde einen äußerst geringen Preisnachlaß gegeben haben. Ich würde vorschlagen in Zukunft, wenn man von den großen reichen Steyr-Werken etwas kauft, daß man doch einen Stadtrat oder Gemeinderat, der im

Steyr-Werk beschäftigt ist und dort Funktionen hat heranzieht und so einen Autobuskauf als Person vornimmt, denn da bekommt er als Betriebsangehöriger 15 - 20 %.

Gelächter!

Ich habe mir auch erlaubt, anlässlich des Empfanges des Bürgermeisters mit Direktor Rabus in dieser Angelegenheit zu sprechen und habe ihm klar gesagt, daß ich das als sehr bescheidenen Nachlaß betrachte, wenn man das als Unterstützung der Steyrer Arbeiterstadt bezeichnet, denn ein Großteil unserer Bevölkerung gibt ihrer Hände Arbeit oder ihren Geist diesem Werk, mit 3 %. Daraufhin hat er sich entschuldigt, die Verhandlungspartner seien schuld.

Gelächter!

Das kennen wir von den Direktoren aber ich glaube, daß man das schon festhalten soll und auch in Zukunft von Seiten der Gemeinde aus gegenüber diesem reichen und großen Betrieb nicht so großzügig sein soll.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich aufklärend eines sagen. Der Autobus hätte einen Neuwert von etwa S 900.000,-. Wir haben ihn angekauft um S 500.000,- bei einem Kilometerstand von etwa 40.000, bei einer möglichen Fahrleistung von etwa 250.000 - 300.000 km nach Auskunft der Fachleute. In dieser Relation gesehen ist der Preis an sich relativ niedrig gewesen. Ersparen Sie mir, Details von den Gesprächen hier auszubreiten, sie waren auch für mich nicht sehr erfreulich. Das darf ich hier offen bekanntgeben.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Vielleicht darf man noch hinzufügen, daß die Lackierarbeiten von

S 20.000,- vom Werk getragen wurden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Da hätten sie ihn herschenken können!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich glaube, dieser Punkt ist aufgeklärt worden. Darf ich nun die Abstimmung durchführen. Wenn Sie dem Antrag des Referenten die Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Die Einstimmigkeit ist festgestellt.

Bitte zum nächsten Punkt.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Punkt betrifft:

19) Rp-3349/74

Rp-3713/74

Stadtwerke Steyr, Verkehrsbetrieb;
Grundleistung gemäß § 18, Abs. 1
FAG, 1973.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Antrag der Stadtwerke wird in Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 9. 1974, Rp-3713/74, die Grundleistung im Sinne der Bestimmung des § 18 Abs. 1 FAG 1973 für die Stadtwerke Steyr - Städtischer Verkehrsbetrieb für das laufende Rechnungsjahr mit

S 1, 500.000, --

(Schilling eine Million fünfhunderttausend)

festgesetzt.

Ein Betrag von S 560.000,- wurde mit dem oben zitierten Gemeinderatsbeschuß als außerplanmäßige Ausgabe bei VP 81-88 oH. schon bewilligt. Der Restbetrag von S 940.000,- wird hiemit ebenfalls als außerplanmäßige Ausgabe bei der zitierten Haushaltsstelle genehmigt. Die Deckung hiefür hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Auszahlung eines Betrages von S 500.000,- hat unverzüglich zu erfolgen. Der Restbetrag ist zu einem späteren Zeitpunkt flüssig zu machen.

Gemäß § 46 Abs. 5 StS wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Keine, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der letzte Antrag betrifft:

20) Bau3-4350/72

Ausbau der Saaßer Bezirksstraße; Wasserleitungsverlegung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Tieferlegung der Wasserleitung im Bereich der Schlüßlmayrzufahrt im Zusammenhang mit dem Ausbau der Saaßer Bezirksstraße (Gesamtaufwand S 230.000) wird der Betrag von

S 29.000,--

(Schilling neunundzwanzigtausend)

bei VP 664-921 aoH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 201.000,--

(Schilling zweihunderteintausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt.

Die Leitungsprovisorien (Rohre und Material) sind von den Stadtwerken zum Preise von S 130.000,- herzustellen.

Die erforderlichen Baumeisterarbeiten erfolgen durch den Bautrupp der Landesbaudirektion (rund Schilling 100.000,--).

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

Darf ich mir eine Erklärung erlauben. Die letzten 3 Anträge sind bereits im Voranschlag beschlossen worden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie hörten den Antrag. Wortmeldungen dazu? Keine. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? Keine Gegenstimmen. Daher einstimmig angenommen.

Nächster Berichterstatter Stadtrat Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Werte Damen und Herren!

Mir wurden 7 Anträge des Stadt senates zugewiesen. Ich darf mir erlauben, in der mir gebotenen Eile diese zur Beschlußfassung vorzulegen.

21) Bau3-6661/71

Änderung des GR-Beschlusses, betreffend die generelle Untersuchung hinsichtlich der Trassenfestlegung einer künftigen Umfahrung "Steyr-Nord".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 12.3.1973 wurde der Auftrag zur Ausarbeitung einer generellen Untersuchung hinsichtlich der Trassenfestlegung einer künftigen Umfahrung "Steyr-Nord", die Schnellstraßencharakter besitzen soll, an Dipl. Ing. Eggenfellner, Wien, zu einem Honorar von S 205.600,- übertragen.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 23.9.1974 wird einer Erhöhung des Honorars auf

S 333.414,--

zugestimmt.

Eine Akontozahlung in Höhe von S 30.000,- wurde an Dipl. Ing. Eggenfellner schon geleistet. Zur Befriedigung der Restforderung wird hiemit

eine überplanmäßige Ausgabe von

S 304.000,--

(Schilling dreihundertviertausend)

bei VP 600-91 oH bewilligt. Die Deckung hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Der Gemeinderatsbeschluß vom 12.3.1973 ist hiemit entsprechend geändert.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den schnellen Bericht. Gibt es Wortmeldungen? Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Auch keine. Der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wenn das eine Rüge sein sollte, ich kann es auch langsamer.

Der nächste Antrag betrifft S 37 und hat folgenden Wortlaut:

22) Bau3-6661/71

S 37 - zusätzliche Untersuchungen im Stadtgebiet von Steyr - Knoten Resthof.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 20. 8. 1974 wird zur Bezahlung des Honorars des Dipl. Ing. Eggenfellner, Wien, für die zusätzlichen Untersuchungen zur Steyrer Schnellstraße der Betrag von

S 120.000,--

(Schilling einhundertzwanzigtausend)

bei VP 600-91 oH als überplanmäßige Ausgabe bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf Sie auch um Annahme dieses Antrages bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Enthaltungen oder Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der dritte Antrag betrifft den Sammler A, Uferbefestigung entlang des Ortskais in Steyr. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

23) Bau6-6900/54

Sammler A; Uferbefestigung entlang des Ortskais in Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 24. 10. 1974 wird eine überplanmäßige Ausgabe von

S 575.000,--

(Schilling fünfhundertsiebzigfünftausend)

bei VP 713-910 aoH für die durch die Kremsbauleitung vorgenommene Uferbefestigung entlang des Ortskais in Steyr bewilligt.

Die Deckung der Ausgabe hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich darf Sie ersuchen, diesen Antrag zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Der Antrag ist, wenn keine Gegenstimme vorhanden ist, angenommen. Danke.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die Umfahrung Hundsgraben und hat folgenden Wortlaut:

24) Bau3-2271/72

Umfahrung Hundsgraben; Durchführung von diversen Verlegungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der
MA III vom 24. 10. 1974 wird die Aus-
führung von verschiedenen Verlegungs-
arbeiten durch die Stadtwerke (Gas-
und Wasserwerk) im Zusammenhang
mit der Umfahrung Hundsgraben mit
einem Kostenaufwand von

S 214.470,--

nachträglich genehmigt.

Die Mittel sind aus VP 664-911
aoH zu nehmen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wird zu diesem Antrag eine Wort-
meldung gewünscht? Das ist nicht der
Fall. Gegenstimmen oder Enthaltun-
gen? Auch nicht. Auch dieser Antrag
ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die
Durchführung von Unterbau- und Be-
lagarbeiten im Bereiche der Vorland-
brücke der Schönauerbrücke. Er hat
folgenden Wortlaut:

25) Bau3-2271/72

Durchführung von Unterbau- und
Belagarbeiten im Bereiche der
Vorlandbrücke der Schönauer-
brücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der
MA III vom 30. 10. 1974 wird der Auf-
trag zur Ausführung der Unterbau- und
Belagarbeiten im Bereiche der Vor-
landbrücke der Schönauerbrücke zum
Zwecke der Herstellung einer Zufahrts-
möglichkeit zu den Garagen an die
ARGE Umfahrung Hundsgraben Ham-
berger - Zwettler zum Preise von
S 259.880,60 (inklusive Umsatzsteuer)
übertragen.

Der genannte Betrag ist aus VP
664-911 aoH zu nehmen.

Um Annahme wird ersucht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu eine Wortmel-
dung? Keine gewünscht. Gegenstim-
men? Stimmenthaltungen? Das ist
nicht der Fall, ich darf die einstim-
mige Annahme feststellen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die
Kanalisierung Gleink, Gruppen IV und
V.

Der Antrag hat folgenden Wort-
laut:

26) Bau6-6041/70

Kanalisierung Gleink, Gruppen IV
und V.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der
MA III vom 27. 8. 1974 wird zur Fort-
führung der Kanalisierung Gleink,
Gruppe IV und V, eine überplanmäßige
Ausgabe von

S 1.300.000,--

(Schilling eine Million dreihunderttau-
send)

bei VP 713-912 aoH bewilligt.

Die Deckung dieser überplanmä-
ßigen Ausgabe hat durch Aufnahme von
Darlehen zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes
für die Stadt Steyr wird der Magistrat
wegen Dringlichkeit zum sofortigen
Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen? Keine. Gegen-
stimmen oder Enthaltungen? Eben-
falls keine, daher einstimmig ange-
nommen.

Die nächsten 3 Anträge bitte ich
Sie, in einem vorzutragen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Der letzte Antrag betrifft:

27) Bau5-1574/73

Erweiterung der Promenadeschule.

- 1) Vergabe der Baumeisterarbeiten
- 2) Vergabe der Zimmermannsarbeiten
- 3) Vergabe der Heizungsinstallation.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 10. 7. 1974 wird der Auftrag zur Ausführung der Baumeisterarbeiten für den Zubau zur Promenadeschule der Baufirma Handl zum Preise von S 5,792.257,11 übertragen.

Für das laufende Rechnungsjahr wird für diesen Zweck der Betrag von

S 239.500,--

(Schilling zweihundertneunddreißigtausendfünfhundert)

bei VP 21-91 aoH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 460.500,--

(Schilling vierhundertsechzigtausendfünfhundert)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt.

Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 StS wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

2) Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 23. 10. 1974 wird im Zuge der Erweiterung der Promenadeschule der Auftrag zur Ausführung der Zimmermannsarbeiten der Firma Weidinger zum Anbotspreis von S 277.485,- übertragen.

Die Mittel sind aus VP 21-91 aoH zu nehmen.

3) Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 10. 1974 wird der Auftrag zur Erweiterung der Heizung in der Promenadeschule auf Grund der Erweiterung dieser Schule der Firma Kriszan zum Preise von S 1,169.257,- (bei Verzicht auf die Projektionskosten und unter Anwendung der 5%igen Ortschaftsklausel) übertragen.

Für das laufende Rechnungsjahr wird für diesen Zweck eine überplanmäßige Ausgabe von

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

bei VP 21-91 aoH bewilligt.

Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Genehmigung dieser drei Anträge.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht zu diesen Anträgen das Wort? Keine Wortmeldung. Gibt es eine Gegenstimme oder Enthaltung? Nicht der Fall, daher angenommen.

Als nächsten Berichterstatter bitte ich Kollegen Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 3 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der erste befaßt sich mit dem Ausbau der Zirerstraße, Grundeinlösungen. Er hat folgenden Wortlaut:

28) Bau3-5512/72

Ausbau der Zirerstraße; Grundeinlösungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für den Ausbau der Zirerstraße sind nach Maßgabe des obigen Amtsberichtes folgende Grundeinlösungen erforderlich. Dies sind rund 950 m² von der Wohnungsaktiengesellschaft Linz, rund 200 m² von der Republik

Österreich, Eisenbahnverwaltung und rund 26 m² von Gottfrieda Schachner und Cäcilie Garstenauser. Zum Zwecke der Durchführung dieser Grundablösen wird eine außerplanmäßige Ausgabe von S 240.000,- bei VP 664-938 aOH bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Aufnahme von Darlehen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht zu diesem Antrag jemand eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Keine. Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der zweite Antrag behandelt die Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend die Aufschließung der Industrie gründe an der Haager Straße. Er lautet:

29) Bau3-5687/72

Ergänzung des GR - Beschlusses, betreffend die Aufschließung der Industrie gründe an der Haager Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 19. 6. 1973 wurde zur Aufschließung der Industrie gründe an der Haager Straße (Kanalbau) ein Betrag von S 744.000,- zur Verfügung gestellt.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 10. 1974 wird für die Restarbeiten beim Kanalbau und deren Abwicklung eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 55.000,--

(Schilling fünfundfünfzigtausend)

bei VP 713-921 aOH bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Keine, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der letzte Antrag beschäftigt sich mit der Errichtung eines Durchganges durch das Schnallentor. Er hat folgenden Wortlaut:

30) Bau5-5201/73

Errichtung eines Durchganges durch das Schnallentor.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Errichtung eines Durchganges durch das Schnallentor zur Schaffung eines Fußgängerüberganges über die Rooseveltstraße wird eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 145.000,--

(Schillingeinhundertfünfundvierzigtausend)

bei VP 921-97 oH bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1) Baumeisterarbeiten

Firma Stromer zum Preise von
S 47.900,--

2) Anstreicherarbeiten

Firma Glaser zum Preise von
S 1.292,--

3) Schlosserarbeiten

Firma Vösl zum Preise von
S 9.157,--

4) Tischlerarbeiten

Firma Bittermann zum Preise von
S 33.580,--

5) Natursteinarbeiten

Firma Töpel zum Preise von
S 35.690,--

6) Elektroinstallationsarbeiten
Firma Lamplmayr zum Preise von
S 8.667,--.

Ich ersuche auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Ebenfalls keine, daher angenommen.

Wir sind somit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich darf Ihnen mitteilen, daß die Beschlußsumme insgesamt S 15.633.000,- beträgt.

Ich danke Ihnen für die heutige Mitwirkung und darf Sie wieder am 12. Dezember bei der Budgetsitzung begrüßen. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.30 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Johann Kienesberger e. h.
Dr. Alois Stellnberger e. h.